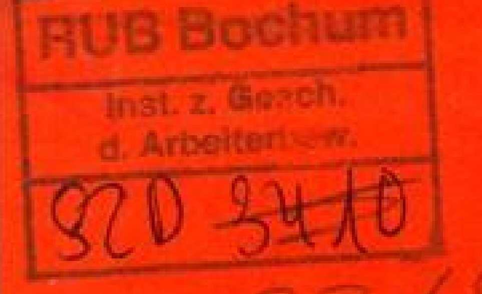
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Klassenkampf



Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: 8,-
P.b.b.
Erscheint jeden zweiten Montag. Redaktion: Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180,-, Halbjahresabonnement S 100,- Zu beziehen über: KB Österreichs — Vertrieb
Nr. 11/80
21. 4. 1980

5,9% TEUERUNG LÖHNE WEIT ZURÜCK!

Die kurze Zeit relativ mäßiger Teuerungsraten ist vorbei. Für März wurde die höchste Preissteigerungsrate seit drei Jahren festgestellt. Gegenüber März vorigen Jahres habern sich die Lebenshaltungskosten um 5,5% erhöht. Nach dem offiziellen Index. Die Wirtschaftsforscher rechnen damit, daß die Sechsprozentmarke noch heuer überschritten werden wird.

Die zunehmende Beschleunigung der Inflation führt dazu, daß der Reallohnabbau für immer größere Teile der Werktätigen zur Realität wird. Daran ändern auch Statistiken nichts, die mit Durchschnittszahlen operieren. Was für die durchschnittlich bezahlten Arbeiter noch erträglich ist, ist für die schlechter bezahlten keineswegs mehr tragbar.



Um fünfhundert bis siebenhundert Schilling macht uns die Teuerung heuer ärmer.

Den Reallohn zu verteidigen, ist heute notwendiger als je. Doch die rasch anwachsende Inflation stellt die Arbeiterklasse dabei heute vor noch schwierigere Aufgaben, als bei den vorangegangenen Lohnauseinandersetzungen.

Seite 6

Spendet für das Rote Kreuz Kampucheas

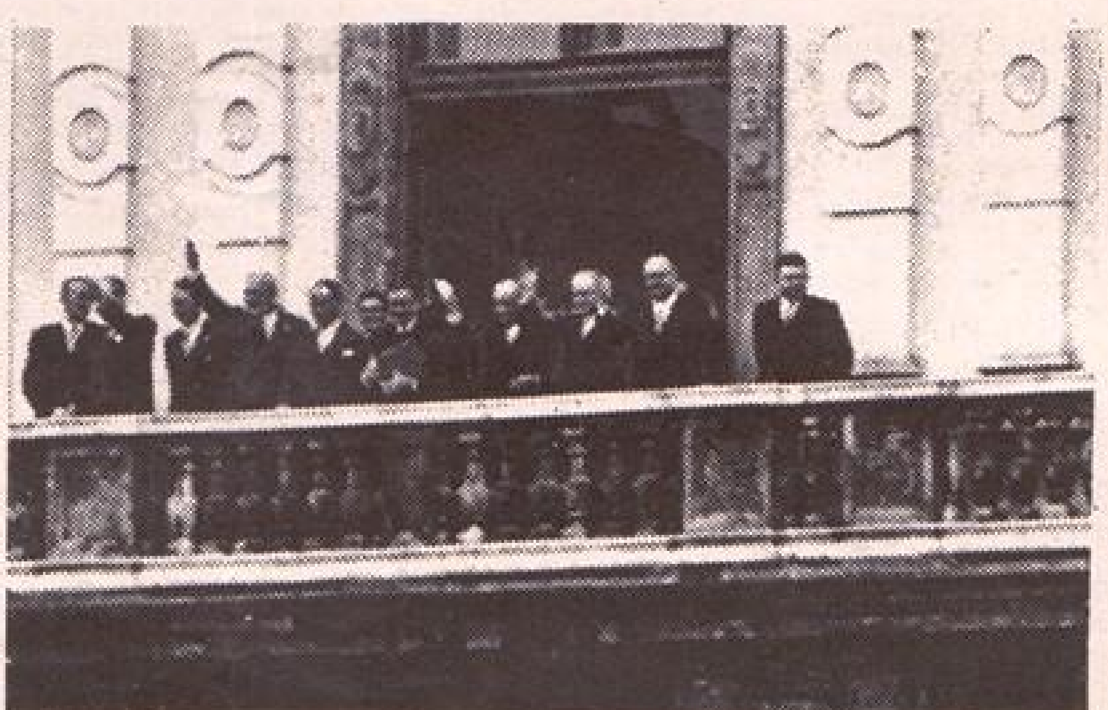
Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun seit dem Einfall sowjetisch-vietnamesischer Truppen im Dezember 1978 gegen einen noch stärkeren und brutaleren Aggressor. In dieser ersten Phase des Partisanenkrieges gilt es heute, die gegnerischen Kräfte zu dezimieren, die eigenen Kräfte zu erhalten und zu stärken und das Überleben des kampucheanischen Volkes zu sichern. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat zur internationalen Solidarität aufgerufen. Jeder Schilling für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea ist eine echte Hilfe für den Kampf um die Befreiung, ein Schlag gegen die vietnamesischen Aggressoren und zugleich ein Schlag gegen die kriegstreiberische Sowjetunion, die hinter Vietnam steht und Kampuchea nur als eine Station in ihrem Weltherrschaftsstreben betrachtet. So ist jeder Schilling für das Demokratische Kampuchea zugleich auch ein Beitrag für den Weltfrieden.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat zu einer öffentlichen Sammlung aufgerufen, durch die bis Juli dieses Jahres 200.000,- Schilling aufgebracht werden sollen. Je mehr Menschen sich an dieser Sammlung beteiligen, desto besser werden auch die Möglichkeiten sein, die Bundesregierung zu zwingen, diese Spenden zu verdoppeln und endlich die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea praktisch anzuerkennen und zu unterstützen.

35 Jahre Befreiung, 25 Jahre Staatsvertrag

Das Hauptthema Nr. 1 ist gegenwärtig in allen bürgerlichen Zeitungen, im Radio und im Fernsehen das fünfundzwanzigjährige Jubiläum des Staatsvertragsabschlusses. In den Mittelpunkt gestellt wird dabei vor allem, daß 1955 "unser Österreich", so wie wir es heute haben, das bürgerliche Österreich also, das Österreich, das von der Bourgeoisie beherrscht wird, wiedererstanden ist. Von dieser Warte her ist der Jahrestag für die Arbeiterklasse weniger ein Grund zum Feiern, als ein Grund, die Lehren daraus zu ziehen, daß es der Bourgeoisie nach 1945 wieder gelingen konnte, ihre völlig zertrümmerte Herrschaft wieder aufzurichten.

Ebenfalls im Mittelpunkt steht die "internationale Wende", die der Staatsvertrag eingeleitzet haben soll. 1955 war der Beginn der Entspannung, heißt es und zur 25-Jahr-Feier werden die Außenminister der 4 Besatzungsmächte eingeladen. So will die österreichische Bourgeoisie auch diese Gelegenheit ausnutzen, um ihr internationales Gewicht zu erhöhen.



Der Staatsvertrag, der 1955 vor allem ein Instrument war, um die östereichische Bourgeoisie an einem Beitritt zu den Bündnissen des US-Imperialismus in Europa zu hindern, spielt in der heutigen internationalen Situation eine andere Rolle. Vor allem dient er den sowjetischen Sozialimperialisten als Anlaß für fortwährende Einmischungsversuche in inneröstereichische Angelegenheiten. Die Neutralität, die der österreichische Nationalrat am 26.10.55 erklären mußte, reicht heute bei weitem nicht mehr dazu aus, die internationale Politik zu erzwingen, die Österreich im Interesse seiner eigenen Sicherheit und im Interesse des Weltfriedens einschlagen müßte.

SIEHE SEITE 9

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Gustav Freudmann. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18, Eigendruck.

200.000 SCHILLING FÜR KAMPUCHEA!

Wien

Vom 12. bis 19. April hat die Wiener Ortsgruppe acht Stände im Rahmen der Kampuchea-Sammlung durchgeführt. Zwei davon bei einem Betrieb (Semperit), vier in der Stadt und zwei auf der Universität. Gesammelt wurden auf diesen Ständen 1.389,- Schilling. Diese Zahl sagt vorerst nur, daß die Ortsgruppe noch Anfangsschwierigkeiten hatte, und gewisse alte Fehler noch nicht überwunden sind. Dort, wo wir offensiver aufgetreten sind, hat sich jedenfalls gezeigt: das kampucheanische Volk bleibt nicht ohne Unterstützung bei den Massen. Vor allem - das sagen die Zahlen nicht - trugen sehr viele Menschen zu dem Ergebnis bei. Meist waren es Arbeiter und Angestellte, deren Spenden um die 10,- Schilling betrugen.

Freilich ist unser Auftreten noch lange nicht offensiv genug. Die Hetze gegen das Demokratische Kampuchea von den Imperialisten jeglicher Sorte ist lange fast vollständig unwidersprochen geblieben. Noch viel Aufklärungsarbeit wird notwendig sein. Bis jetzt spielt aber die Kampuchea-Spendensammlung in Wien noch keine wirkliche politische Rolle. Nirgends sieht man noch Plakate, an viel zu wenig Orten finden Stände statt. Noch viel müssen wir leisten, damit wir zum Ziel von 200.000,- Schilling für Kampuchea entsprechend beitragen, und noch viel mehr Menschen, und vor allem Arbeiter, sich an der Spendensammlung beteiligen.

Salzburg

Die Sammlungsaktion der Salzburger Ortsgruppe fand am 12.4. beim belebten Bahnhof einen guten Start: Auf die Unterstützung des Volkswiderstands angesprochen, spendeten viele Menschen ohne Zögern für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea. Etliche kamen zurück, nachdem sie den Aufruf des KB gelesen hatten, und steckten noch etwas in die Kassa. So trugen relativ viele Menschen zu den 305,- Schilling bei, die an diesem Tag gesammelt wurden, darunter auch viele Berufsschüler.

Anläßlich des 5. Jahrestags der Vertreibung des US-Imperialismus aus Kampuchea setzte die Ortsgruppe die Sammlungsaktion vor allem bei den Betrieben, wo der KB Zellen hat, bei den Berufsschulen und in den Lehrlingsheimen fort. Bei einer Diskussionsrunde der Ortsgruppe am 17.April wurden S 700,- gesammelt.

Traiskirchen

In der Woche vom 12. bis 19.4. haben wir das erste Mal bei Semperit in Traiskirchen Spenden für den Befreiungskampf in Kampuchea gesammelt.

Zur Vorbereitung haben wir an die Semperit-Arbeiter ein Flugblatt über die gegenwärtige Lage in Kampuchea, die Bedeutung des Befreiungskampfes und über das Ziel der Spendensammlung verteilt. In dem Flugblatt haben wir außerdem die Tage angekündigt, wo wir vor dem Betrieb spenden sammeln wollten.

Als wir dann eine Woche später mit Stelltafeln, Büchertisch und Spendenbüchsen vor dem Betriebstor standen, wußten die Arbeiter zum Teil schon, worum es ging, und einige hatten bereits das Geld vorbereitet, um es uns zu geben. Viele türkische Arbeiter haben - trotz Sprachschwierigkeiten - sich sehr für den Befreiungskampf in Kampuchea interessiert und Geldspenden zu seiner Unterstützung gegeben.

Vor der Agitation haben wir uns gefragt, ob wir den Arbeitern gleich die Spendenbüchse hinhalten sollten oder zuerst allgemein über Kampuchea zu reden und dann erst zu sagen, daß wir von ihnen eine Spende wollten.

Bei der Agitation hat sich gezeigt, daß es besser ist, gleich zu sagen, worum es uns geht, nämlich um die aktive Unterstützung des Kampfs und nicht nur um Propaganda. Dadurch ergaben sich eine Menge kürzere Gespräche über die Lage in Kampuchea, über die immer wiederkehrende Frage, was denn der Kampf dort mit uns zu tun habe usw.

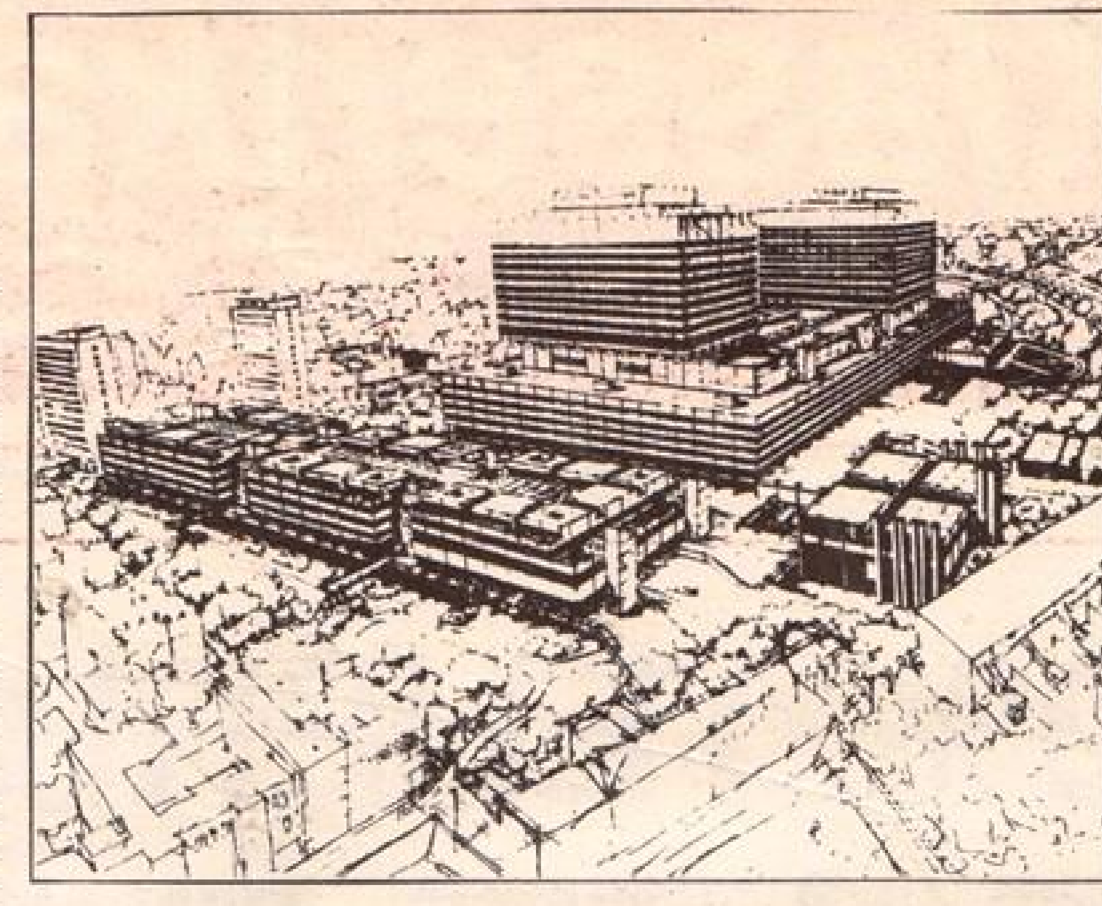
Gespendet haben aus diesem Betrieb ca. 45 bis 50 Arbeiter Beträge zwischen wenigen Schillingen und S 30,-. Insgesamt haben wir S 326,- gesammelt,

Zelle Semperit

****

Spenden für KAMPUCHEA: P.S.K. 1.319.824

AKH: Der jährliche Skandal?



Das AKH-Wien müsse zügig fertiggestellt werden, um die längst notwendige Verbesserung der Gesundheitsversorgung zu erreichen. "Der modernste Spitalsbau Mitteleuropas" - so die SPÖ. Und die Oppositionspartei ÖVP rechnet vor, um wieviel "anstatt der verschwendeten AKH-Milliarden" die Mindestpensionen erhöht werden, die Steuern gesenkt, mehr Wohnungen errichtet und neue Autobahnen gebaut werden könnten.

Indes - an den Tatsachen gemessen ist es nicht das Anliegen der Parteien der Bourgeoisie, die Besteuerung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu senken. Das Finanzkapital verlangt im Gegenteil nach immer größeren Mitteln zur Steigerung seiner Konkurrenzfähigkeit, eingetrieben durch ihren Staat. Gleichzeitig wird der Staatsapparat selbst immer weiter als Unterdrückungsapparat ausgebaut.

Dementsprechend machten zum Beispiel die Lohnsteuereinnahmen 1960 mit 2,6 Milliarden Schilling noch 8,49% der Staatseinnahmen aus, 1980 sollen es 24,70% (61 Milliarden Schilling) sein. Das gesamte Finanzkapital und alle bürgerlichen Parteien rechnen die weitere Ausplünderung der Volksmassen als einen Fixposten. Eine Lohnsteuerreform soll so lange wie möglich hinausgezögert werden. An dieser Gier nach den Lohngeldern der Massen ist keineswegs der teure AKH-Bau, genausowenig die innerhalb der Bourgeoisie übliche "Korruption" schuld.

Bei allen Auftragsvergaben und insbesondere bei Auftragsvergaben durch den Staat, Gemeinden etc. existiert nicht die freie, unbeeinflußbare Konkurrenz, wonach der eindeutige Bestbieter eben den Auftrag bekommt.

Angefangen vom kleinsten Wohnhausprojekt bis zu einem Großprojekt, wie dem AKH-Neubau, wird die Konkurrenz der verschiedenen Kapitalisten im Kampf um den Auftrag ausgetragen durch Absprachen, Schmiergelder, Nachlässe, durch persönliche Verflechtungen von Politikern mit bestimmten Kapitalgruppen usw. ein Projekt, wo dies nicht der Fall ist, müßte man erst einmal suchen. Rechnungshofpräsident Kandutsch gibt dies auch indirekt durchaus zu: "Wenn überall dort, wo so oder ähnlich Ausschreibungen ausgewichen wurde, strafrechtliche Delikte bestünden, müßten in Österreich Sondergerichtshöfe geschaffen werden" ("Kurier", 18.4.80). Diese Arten von Korruption sind Normalerscheinungen des Kapitalismus und verschwinden erst mit seiner Beseitigung.

Die ÖVP und die bürgerlichen Zeitungen stellen den "AKH-Skandal" dar als Einzelfall, der abgestellt gehört. Richtig daran ist nur, daß hier ein Einzelfall aufgegriffen wurde zwecks politischer Propaganda. Das "Aufdecken" von Einzelfällen gehört zum normalen politischen Leben unter der Herrschaft der Bourgeoisie: damit wird der Eindruck erweckt, daß das Kapital sich völlig rechtmäßig bereichert, daß Außnahmefälle ohnehin kontrolliert und aufgedeckt würden, daß die Oppositionspartei besser sei, daß die Zeitungen unabhängig seien.

Jährlich ein Skandal und das Volk ist beruhigt - ist die Devise der Bourgeoisie. Daß dabei die Oppositionsparteien billig Eindruck schinden beim Volk, gehört dazu. Doch soviel sie auch aufdecken, keiner nimmt ihnen ab, daß sie den Kapitalismus, der solche Korruption erzeugt, beseitigen wollen, noch daß sie Steuern verringern, Pensionen erhöhen usw. wollen.

Zum Spiel gehören zwei. Die SPÖ, immer auf "Zukunft und Fortschritt" bedacht, propagiert das AKH als wesentliche Verbesserung der Gesundheitsversorgung des Volkes. Sie verschweigt dabei, daß seit Jahren die Krankenbettenzahlen im Wien abnehmen, während die Krankheitsfälle zunehmen, daß in allen Spitälern Patienten auf den Gängen liegen, daß schon vor 20 Jahren festgestellt wurde, das alte AKH entspräche überhaupt nicht den Anforderungen, daß die Fertigstellung des neuen AKH von 1982 auf 1987 verschoben wurde, das weniger Betten beinhalten wird als das alte AKH. All dies entspricht den vieldiskutierten und stark betriebenen Kostenreduzierung im Gesundheitswesen. Die Bourgeoisie ist ständig dabei, Kosten in der Volks-Gesundheitsversorgung einzusparen, da sie sich ihr als tote Kosten darstellen. Bettenreduzierung, Senkung der "Verweildauer", der Patienten in den Krankenhäusern, Überwälzung von Kosten auf das Volk (z.B. Rezeptgebühr) usw. sind Elemente der Rationalisierung. Der "AKH-Monsterbau" selbst ist aus Überlegungen der Kostenreduzierung entstanden. Während kleine Spitäler, Ambulatorien geschlossen werden, werden hier wichtige Einrichtungen konzentriert. 200.000 Menschen sollen hier pro Monat ambulant behandelt werden. Zusätzliche Anfahrtswege für die Menschen aus Wien und Umgebung sind die Folge.

Gleichzeitig dient der "AKH-Monsterbau" auch der Rationalisierung beim Personaleinsatz. Im alten AKH beträgt heute die durchschnittliche Arbeitszeit 50 bis 60 Stunden vor allem für die Schwestern. Es mangelt an Personal. Im neuen AKH werden die Arbeiten noch mehr spezialisiert, und dabei für jeden einzelnen intensiviert. In der 1974 eröffneten Universitätsklinik Köln, ein Bau von ähnlicher Größenordnung, wurde so der Patientendurchlauf auf dem Rücken des Personals enorm gesteigert: grösserer Einsatz von ungelernten Arbeitern, viele Nachtdienste, 14 bis 15 Prozent Überstunden. Im Wiener AKH würden zustätzlich ein Großteil der Arbeits- und Aufenthaltsräume des Personals ohne Tageslicht sein.

Wenn Teile der Bourgeoisie und ihre Zeitungen heute den "AKH-Bau" zum Skandal hochspielen, dann nur deshalb, weil alle Rationalisierungs- und Kosteneinsparungs-Ziele durch lange Bauzeit und zu starke Bereicherung einiger Herrn infrage gestellt sind. Ist der AKH-Bau einmal fertig, werden weder die Steuern gesenkt, noch die Gesundheitsversorgung des Volkes wesentlich verbessert sein, dafür aber die Patienten schneller aus dem Krankenhaus abgeschoben und das Personal zusätzlich ausgepreßt werden. Im "AKH-Skandal" werden von keiner Seite die Interessen des Volkes vertreten.

13,5% sind gar nicht so übel

... für die nächste Lohnrunde zum Beispiel. Oder für eine Verkürzung derWochenarbeitszeit auf 35 und der Tagesarbeitszeit auf 7 Stunden.

13.5% kann man sich aber auch ersparen - indem man den KLASSENKAMPF abonniert, statt ihn Nummer für Nummer einzeln und zum vollen Preis zu kaufen. Und nicht nur, daß man sich als Abonnent etwas erspart - zu den Abonnenten kommt der KLASSENKAMPF alle 14 Tage per Post pünktlich ins Haus. Ein Vorteil, den man auch nicht unterschätzen sollte.

Abgesehen aber von diesen Vorteilen: Vor allem ist es ein Vorteil, den KLASSENKAMPF regelmäßig zu lesen. Denn der KLASSENKAMPF ist die einzige revolutionäre Zeitung Österreichs; die einzige Zeitung, die am Satndpunkt der Arbeiterklasse steht und die Sache der Arbeiter vertritt; die einzige Zeitung daher auch, die sich regelmäßig etwa damit beschäftigt, wie im Kampf um die anfangs genannten 13,5% weitergekommen werden kann.

Sollte man also den KLASSENKAMPF nicht lieber heute, als morgen abonnieren? Das geht ganz einfach:

KUPON AUSFÜLLEN, IN EIN KUVERT STECKEN UND ABSCHICKEN.

Einsenden an: KLASSENKAMPF, Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.

Ich bestelle hiemit den KLASSENKAMPF für die Dauer von
- [ ] 1/2 Jahr zum Preis von öS 100,-
- [ ] 1 Jahr zum Preis von öS 180,-

Den Abnonnementpreis bezahle ich
- [ ] mit beiliegenden Geldscheinen
- [ ] per Erlagschein nach Erhalt der ersten Nummer
- [ ] per Nachnahme bei Erhalt der ersten Nummer

Name ______________________

Adresse ______________________

Datum __________ Unterschrift ______________________

entschuldigen

... müssen wir uns bei unseren Lesern für eine Reihe technischer Mängel der letzten Ausgabe des KLASSENKAMPF. Bedauerlicherweise fehlten bei etlichen Exemplaren ganze Seiten, bzw. waren solche vertauscht und außerdem zerfielen beim Lesen viele Zeitungen in ihre einzelnen Blätter. Darüber hinaus war das Druckbild nicht sehr sauber und ein Großteil der Illsutrationen ausgesprochen miserabel.

All diese Schwierigkeiten sind aufgetreten, weil es uns richtig schien, unsere Zeitung bereits auch zu einem Zeitpunkt herauszubringen, zu dem wir unseren Maschinenpark noch nicht so gut beherrschen und zu dem unser technischer Apparat noch nicht so funktioniert, wie er sollte.

Selbstverständlich werden wir dafür sorgen, daß diese Mängel möglichst schnell verschwinden. Wir hoffen, daß die vorliegende Ausgabe bereits besser ist als die letzte und versprechen unseren Lesern, daß sie sich über technische Fehler nicht mehr lange ärgern sollen müssen.

- die Redaktion -

Termine zum 1.MAI



SALZBURG

Kundgebung am Platzl, 9.45-10.45h

1.Mai-Abend der Ortsgruppe: Gasthof Alter Stern Steinbruchg.1

GRAZ

Stand am Eisernen Tor, 10-12h Kundgebung 11.30h

Veranstaltung 16.30h (Ort wird noch bekanntgegeben)

WIEN

Veranstaltung: 1.5., 15 Uhr Puntigamer Bräu IV., Mommsengasse 30

KPÖ: ANTIFASCHISTISCH? PROSOZIALFASCHISTISCH!

Seit Wochen, ja Monaten ist das Organ der KPÖ-Revisionisten voll von Aufbauschungen der neofaschistischen Grüppchen in Österreich und voll von penetrantem "Antifaschismus". Die KPÖ versucht sich als Partei der österreichischen Unabhängigkeit zu profilieren und propagiert hinterrücks die Verwandlung Österreichs in einen Vasallen der Sowjetunion

Der "Kampf gegen den Neofaschismus" erscheint in der "Volksstimme" wie im praktischen Auftreten der KPÖ (Kampagne "KPÖ immer für Österreich") als gegenwärtige politische Hauptfront des Klassenkampfes in Österreich. Das Ganze dient als nächstes der Vorbereitung einer Sternfahrt am 26.4 nach Wien. Aus ganz Österreich zieht die KPÖ ihre Anhänger zusammen zu diesem Zweck. In verschiedenen Städten hat sie "antifaschistische Komitees" gegründet, in denen zwar z.T. auch Nicht-KPÖ-ler versammelt sind, die jedoch überall unter KPÖ-Kontrolle stehen. Es handelt sich also nicht um eine breite Aktion aller antifaschistischen Kräfte, sondern um eine KPÖ-Aktion.

Die konkreten Forderungen sind: Verbot von NDP und ANR! Verbot einer Kandidatur Burgers bei den Bundespräsidentenwahlen. Letzteres wird als "Schande für Österreich" apostrophiert. Klein liest man dann noch auf den Plakaten: "Erfüllung des Staatsvertrags!". Einen großen Bogen spannt die KPÖ vom Kampf gegen den Neofaschismus über den Staatsvertrag bis zur "Entspannung". Es hat keine Aktionseinheit der letzten Monate gegen irgendwelche neofaschistischen Aktivitäten gegeben, die nicht die KPÖ von vornherein dadurch gespalten hätte, daß sie mit allen Mitteln alle beteiligten Kräfte auf die absurde Behauptung verpflichten wollte, daß die Burger und Konsorten eine "Gefahr für Frieden und Entspannung" wären. Als ob ein Burger oder Feldner oder deren Hintermänner bzw. Nutznießer, d.h. die österreichische Monopolbourgeoisie, andere Länder überfallen und besetzen, auf der ganzen Welt Putsche inszenieren, ihre Flotte überall ausschicken, kurzum nach Weltherrschaft streben und einen neuen Weltkrieg vorbereiten würde. So abwegig die Behauptung ist, daß die Neonazis eine Gefahr für den Weltfrieden seien, und nicht vielleicht der Expansionismus der Sowjetunion und die Rivalität der beiden Supermächte, so sehr ist die KPÖ noch jedesmal darauf herumgeritten. Lieber läßt sie eine Aktion platzen, als darauf zu verzichten.

Natürlich gibt es dafür Gründe. Sie bestehen darin, den "Kampf gegen den Neofaschismus" auszunutzen, um Propaganda für den größten Kriegstreiber und Faschisten unserer Zeit, den russischen Sozialimperialismus, zu machen. Um von der von ihm ausgehenden Gefahr der Aggression und faschistischen Versklavung Westeuropas abzulenken.

Genauso wird die KPÖ den Staatsvertragsjahrestag nutzen. Die positive Rolle der damaligen, sozialistischen Sowjetunion unter Stalin, die den Staatsvertrag gegen die westlichen Imperialisten, v.a. die USA, durchsetzte und damit die Souveränität Österreichs verwirklichte, wird in den Dienst der heutigen Sowjetunion gestellt, in der eine neue Bourgeoisie die Macht ergriffen und eine faschistische Diktatur errichtet und das Land in eine imperialistische Supermacht umgewandelt hat. "Die mächtige Sowjetunion ist der Garant für die nationale Unabhängigkeit Österreichs" – dieses Zitat aus einer Erklärung der KPÖ aus dem Jahre 1955, damals ganz richtig, heute unverhüllte Propaganda für die Verwandlung von Österreich in einen russischen Vasallen, wird heute in der Revisionistenpresse nicht nur wiederholt, sondern breit getreten. Je aggressiver die Sowjetunion vorgeht, desto wortreicher tritt die KPÖ für "Zusammenarbei" mit ihr ein, desto





Who is who? Links Burger, der vom alten Faschismus träumt, rechts Muhri, der sich Hoffnungen macht, einmal Vasall des Sozialfaschismus zu werden



Ein sowjetisches KZ: die gefürchtete Sonderanstalt in Orjol.

Der russische Sozialimperialismus und Faschismus übertrifft seinen Lehrmeister, den Deutschen Nationalsozialismus, noch an Grausamkeit

mehr versucht sie sich aber auch zugleich als "österreichische Partei" zu profilieren. Die gegenwärtigen Jahrestage bieten ausgezeichnete Gelegenheiten dafür und der "Kampf gegen den Neofaschismus" ist in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Jahrestagen gut placiert.

Anknüpfungspunkt sind dabei einige Aktivitäten von neofaschistischen und anderen reaktionären Kräften der letzten Zeit (Burger-Kanidatur, einige Auftreten des KHD-Obmanns Feldner, Beschlagnahmung des Buches "Rechtsextremismus in Österreich" durch den bekannten Reaktionär Pretterebner sowie der SPÖ-Broschüre "Gefahr von rechts" und einer Nummer der AZ). Darum hat es Aufregung gegeben, vor allem, weil auch die SPÖ-Führung brennend daran interessiert war, die Vorfälle zu nutzen, um sich als antifaschistische Kraft aufzuspielen. Die SPÖ-Führung hat eine wahre Groteske aufgeführt. Statt daß der Justizminister dem "unabhängigen" Richter Maurer, der der Forderung Pretterebners nachgekommen ist, angedeutet hätte, er solle das lieber lassen, ansonsten zwar nicht seine "Unabhängigkeit", jedoch seine weitere Karriere in Mitleidenschaft gezogen würde, hat die SPÖ-Führung sich richtig gesuhlt plötzlich einmal nicht als Träger der Staatsmacht, die Gerichte und Polizei gegen Jugendliche, Antifaschisten usw. aufmarschieren läßt und gerade noch mit Hunderten Polizisten eine Burger-Veranstaltung geschützt hatte, dazustehen, sondern als ein Opfer dieser Staatsmacht, nicht als Dulder und Schützer der Neonazi, sondern als deren Opfer und Gegner. Die Revisionisten haben die Groteske auf die Spitze getrieben. Diese Vorfälle zeigten, "wer die wirkliche Macht hat im Staat". Abgesehen davon, daß in dieser Propaganda die politischen Verhältnisse völlig auf den Kopf gestellt sind, handelt es sich ohnehin nur um die Anknüpfungspunkte der Revisionisten, die man von den "höheren Zwekken", die daran angeknüpft werden, unterscheiden muß.

Es gibt viele Überschneidungen in der Propaganda der Revisionisten und der der SPÖ-Führung zu den Staatsvertragsfeiern. Auch die SPÖ feiert den Staatsvertrag nicht bloß, weil er die staatliche Souveränität Österreichs begründet hat, sondern weil er das definitive Ende der Periode des Kalten Krieges und den Beginn der Ära der "Entspannung" markiert habe. Heute sei die "Entspannung" bedroht, es gäbe aber keine Alternative zur "Entspannung". Gerade die Feiern zum Jahrestag des Staatsvertrages könnten zu einer Gelegenheit werden, etwas für die "Entspannung" zu tun. Immerhin kommen Gromyko und Vance zusammen... Was aber wird passieren? Die Repräsentanten der beiden Supermächte werden sich ihre "große Verantwortung" für den Weltfrieden und ihren "Friedenswillen" bescheinigen und bescheinigen lassen. DerAggressor, der soeben Afghanistan überfallen hat, wird sich als "friedliebend" hinstellen und seine "Entspannungs"propaganda entfalten, die nichts ist, als ein Tarnmittel für seine Kriegspolitik, und um die westeuropäischen Regierungen dahin zu bringen, die russischen Aggressionen in Asien und Afrika zu akzeptieren, solange sie bloß selbst in Ruhe gelassen werden. In dieser Hinsicht kann der Kreml mit den Staatsvertragsfeiern zufrieden sein. In dieser Hinsicht wird daher auch die KPÖ nichts zu kritisieren haben.

Die "neofaschistische Gefahr wird die SPÖ-Regierung demgegenüber, nachdem sie einige Monate auf diese Masche gemacht hat und die sogenannte "Gefahr" weidlich ausgenutzt hat, während der Staatsvertragsfeiern nicht in den Vordergrund stellen wollen. Wie denn auch? Steht doch im Staatsvertrag die Verpflichtung enthalten, solche Organisationen (wie übrigens auch Organisationen wie den KHD) zu verbieten. Erst einmal verboten oder gar wirklich unterdrückt, könnten aber die Neonazis der herrschenden Klasse und der SPÖ-Regierung nicht mehr zur Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, zur Verteidigung der herschenden politischen Ordnung, in der die Arbeiterklasse ebenfalls, wenn auch nicht auf faschistische, sondern auf "demokratische" Weise unterdrückt, niedergehalten, ausgeplündert wird und zur eigenen Profilierung als demokratische, fortschrittliche, antifaschistische Kraft dienen. Wenn die KPÖ-Revisionisten auch im Hinblick auf diese Zwecke, die "neofaschistische Gefahr" auszubeuten, mit den Sozialdemokraten konform gehen, so kommen sie doch nicht darum herum, das Verbot der offenen Naziorganisationen zu fordern.

Am 26. April wird man es also mit einer KPÖ-Aktion zu tun haben, bei der

- die bürgerliche Demokratie, die Verfassung, die Republik, also die konkrete Form, wie bei uns heute die Monopolbourgeoisie ihre politische Herrschaft ausübt, kurz: "Österreich" verherrlicht wird und bei der damit die politischen Verhältnisse in Österreich, das Ziel der Arbeiterklasse (die Beseitigung der demokratischen Diktatur der Bourgeoisie und Errichtung der Diktatur des Proletariats) und der Gegner vernebelt wird;
- eine "Neutralität" Österreichs vom Typus der "Blockfreiheit" Kubas oder Vietnams und "Zusammenarbeit" mit der SU propagiert wird;
- in der das Hegemoniestreben des russischen Sozialimperialismus durch "Entspannungs"propaganda verschleiert und das österreichische Volk gegenüber den drohenden Gefahren eingeschläfert werden soll.

Es handelt sich am 26. April also um eine reaktionäre Veranstaltung. Daran ändert sich nichts, wenn sich Leute vom Schlage eines Hindels beteiligen die sich nie eine Gelegenheit entgehen lassen, in "linkem" Gewande einerseits die bürgerliche Demokratie und andererseits die Sowjetunion zu verherrlichen. Wer heute gegen Faschismus, Imperialismus, Reaktion ist, der muß in erster Linie gegen die faschistische Diktatur in der Sowjetunion, gegen den Terror gegen jede oppositionelle Regung und die KZs sein. Der muß gegen die neokoloniale Herrschaft der neuen Zaren in Osteuropa und gegen die Okkupation der Tschechoslowakei sein. Der muß gegen die Aggression Moskaus in Afghanistan und Kampuchea sein. Dagegen nicht aufzutreten, darüber den Mantel des Schweigens zu breiten, ja im Gegenteil, eine Kraft zu unterstützen, die in Österreich der Handlanger und das Sprachrohr aller dieser Aggressionen, aller dieser Unterdrückung, alles diesen faschistischen Terrors ist, – aber andererseits von den Burger, Feldner und Konsorten zu behaupten, sie wären eine Gefahr für die Demokratie die nationale Unabhängigkeit und den Weltfrieden – das heißt sich selbst zum Handlanger des größten Kriegstreibers und Faschisten unserer Zeit zu machen. Das hat mit Antifaschismus nichts zu tun.

Die Doppelzüngigkeit der KPÖ

Die KPÖ ist der Handlanger der Sowjetunion. Vielmehr als von NDP und ANR, die keine Gefahr sind und auf die die österreichische Monopolbourgeoisie auch in einem Fall, daß sie auf Faschismus setzt, sicher nicht zurückgreifen würde, geht die Gefahr von Krieg, Beseitigung der nationalen Souveränität und der bürgerlich demokratischen Freiheiten in Österreich von den Neuen Zaren aus.

Die KPÖ, die sich groß als Antifaschist aufspielt, ist daher – ungeachtet ihrer revolutionären Vergangenheit – heute, nach dem Machtantritt des Revisionismus und aufgrund des Farbwechsels der Sowjetunion, eine viel gefährlichere profaschistische Kraft als NDP und ANR. Bei ANR und NDP handelt es sich im großen und ganzen darum, daß sie reaktionäre Pläne und Ziele haben, die sie zwar verfolgen möchten, aber deshalb noch lange nicht können. Bei der KPÖ handelt es sich darum, daß sie jede neue Aggression Moskaus, jedes neue faschistische Verbrechen der dortigen Machthaber gegen die Völker der Sowjetunion, jede Auslöschung der nationalen Unabhängigkeit eines Landes durch die Neuen Zaren aktiv propagieren, unterstützen, und dabei Helfershelfer sind.

Das ist aber nur die eine Seite die andere ist, daß dessen ungeachtet die Neonazis bekämpft werden müssen. Nicht weil sie eine Gefahr für die bürgerliche Demokratie sind, sondern weil sie deren Beiwerk zum Zweck ihrer Beschönigung sowie ein Instrument der herrschenden Klasse, die ihre Herrschaft heute in das Gewand der bürgerlichen Demokratie kleidet, sind. Und auch in dieser Hinsicht spielt die KPÖ eine reaktionäre Rolle, indem sie den Kampf gegen die Neonazis torpediert. Nicht nur, indem sie den antifaschistischen Kräften eine falsche Linie aufdrängen will, wodurch der Kampf gegen die Neonazis vom Kampf gegen den bürgerlichen Staat und die wirkliche Aktion gegen die Neonazis, wo sie hervortreten wollen, jeder Versuch, ihr Treiben tatsächlich zu beenden, nicht bloß dagegen zu protestieren, sabotiert, abgewiegelt, gespalten wird. Das entspricht natürlich der Linie, die bürgerliche Demokratie gegen die Neonazis zu "verteidigen". Die KPÖ ist nicht nur "immer für Österreich", für das bürgerliche Österreich, sie streicht auch ihre Republiktreue und ihre Verfassungstreue bei jeder Gelegenheit hervor. Sie steht auch auf dem Standpunkt, daß angesichts der zunehmenden Kriminalität und Unsicherheit der Polizeiapparat ausgebaut werden muß und man die Polizei nicht "einseitig" als Gewaltmittel der herrschenden Klasse gegen das Volk betrachten dürfte. Bloß bei der Armee hört sich der Spaß auf. Denn diese könnte für die russischen Sozialimperialisten ein Hindernis im Hinblick auf ihre Pläne sein. Ansonsten ist gerade das Katzbuckeln vor der hiesigen Bourgeoisherrschaft, vor der bürgerlichen Demokratie und vor der rot-weiß-roten Ausbeutung wegen der damit verbundenen Abstumpfung des Klassenkampfes ganz im Sinne der Sowjetunion. Denn was, wenn nicht der Klassenkampf der Arbeiterklasse, einschließlich des Kampfes um nationale Unabhängigkeit, wäre wirklich ein Faktor gegen den sowjetischen Hegemonismus?

Es ist eben so: Die KPÖ verteidigt die bürgerliche Republik, soweit diese durch revolutionäre Bestrebungen angegriffen wird. Auf den Fall ihrer Beseitigung durch ein russisches Besatzungsregime bezieht sich das natürlich nicht. Der "Patriotismus" hätte dann seine Schuldigkeit getan, die Stunde des "proletarischen Internationalismus" hätte geschlagen. Davon spricht zwar die KPÖ heute noch nicht, jedoch die sowjetische Armee wird, wie gerade wieder ein hoher General (Jepischew, Chef der politischen Hauptverwaltung der Armee und Flotte) in der "Prawda" erklärt hat, bereits heute "zur internationalen Pflichterfüllung gegenüber den Werktätigen aller Länder erzogen".

Steuerreform schon nächstes Jahr? Bloss Manöver von Androsch?

Das Schattenboxen bezüglich des Termins zwischen Androsch (1.1.1983) und Benya (1.1.1982) hat damit geendet, daß Androsch zwar immer noch den späteren Termin vorziehen würde, aber sich doch mit dem früheren abfinden würde. Der Grund liegt hier weniger in der "Macht Benyas" als darin, daß eine Steigerung der Lohnsteuerauspressung bis 1983 um durchschnittlich 44% (gegenüber 1979) unhaltbar wäre.

In Wirklichkeit ist - was den Termin betrifft - eine Änderung am 1.1.1981 notwendig, zumal für 1981 einige andere Änderungen des Einkommensteuergesetzes geplant sind (die auf die Ausdehnung der Lohnsteuerpflicht zielen). Wichtiger ist aber der Inhalt der Reform. Dazu hat sich weder Androsch noch Benya näher geäußert. Bloß war im Zusammenhang mit dem Termin-Hick-Hack von Androsch zu hören, daß je früher der Termin, umso weniger herausschauen würde. Also: Wenn schon 1982, dann nur einen Pappenstiel. Hier wird ein neues Manöver inszeniert. Hier sieht man den Zweck des Schattenboxens. Umso dringender ist es daher, die Debatte auf den Inhalt der Reform zu bringen. Der Kommunistische Bund Österreichs fordert, daß als erster Schritt auf dem Weg zur Steuerfreiheit bis zum mittleren Lohn 25% davon von der Lohnsteuer befreit werden.

ARGUMENTE

Zahlen für den Staat des Kapitals?

Wir Kommunisten treten in unserem Programm für die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach "Abschaffung aller indirekten Steuern; Bestreitung aller Staatsausgaben, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft" ein. Und was die Lohnsteuer betrifft, fordern wir, daß sie erst über den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern einsetzen darf. Als ersten Schritt wollen wir deshalb, daß 25% der mittleren Einkommen (die dzt. etwa bei öS 9.000,- liegen) durch entsprechende Erhöhung der allgemeinen Absetzbeträge der Besteuerung entzogen werden sollen, was für den mittleren Lohn ein Verringerung des Lohnsteuerabzuges von etwa 450,- Schilling monatlich brächte.

Wenn wir diese Forderungen erheben, werden wir unter Bezugnahme auf deren Realisierbarkeit oft gefragt, von wo denn der Staat sein Geld sonst holen sollte, wenn nicht von den Massen und wie er dann überhaupt funktionieren können solle. Immerhin würde ja allein die Verwirklichung der Forderung nach Steuerfreiheit für 25% vom mittleren Lohn den Staat um 7% seiner Gesamteinnahmen, oder um jeden fünfzehnten Schilling bringen und wäre somit sicherlich eine Beeinträchtigung seiner Tätigkeit.

Muß deshalb also die Steuerlast für die Volksmassen wie in den letzten Jahren immer unerträglicher werden? Wir meinen, daß die Tatsache, daß der bürgerliche Staat so aufgebaut ist, daß er von den Massen erhalten werden muß, gerade ein Grund für unsere Forderungen ist.

So wie schon die - damals revolutionäre - Sozialdemokratie in ihrem Hainfelder Programm 1889 erklärt hat, sehen auch wir Kommunisten die Rolle des bürgerlichen Staates: Er ist "Ausdruck" "der politischen und ökonomischen Herrschaft der Kapitalistenklasse", er ist das Instrument, mit dem die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft aufrechterhält.

Unsere Gesellschaft ist vom unüberbrückbaren Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zerrissen. Dieser Widerspruch kann nur in einer Richtung gelöst werden: Durch die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums und damit auch durch Beseitigung der Kapitalistenklasse. Eine andere Lösung gibt es nicht. Das einzige was die Kapitalistenklasse daher tun kann, will sie ihre Liquidierung nicht selbst direkt betreiben, ist es, die Lösung dieses Widerspruches zu verhindern. Und genau das ist die Aufgabe des Staates. Er dient dazu, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse zusammen mit den Volksmassen den Widerspruch dadurch löst, daß sie die Herrschaft der Kapitalistenklasse beendet, sich selbst zur herrschenden Klasse macht, um das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit die Klassengesellschaft überhaupt abzuschaffen.

Naturgemäß ist daher der Staat in erster Linie ein Gewaltinstrument. Wie sollte ohne Gewalt zu verhindern sein, daß sich die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Menschen durchsetzen?

Ein wichtiges Mittel des Staates bei der Erfüllung seiner Aufgaben ist es, ständig den Eindruck zu erwecken, als ob er über dem Klassenwiderspruch stünde, als ob er jenseits des Klassenkampfes die Interessen "der ganzen Gesellschaft" verträte. Und dabei spielt auch die Form der Finanzierung eine bestimmte Rolle: der Staat ist für alle gleich da - also müssen auch alle "gleich" für ihn zahlen. Tatsächlich wird der Staat aber von den Volksmassen finanziert: Vom Gesamtertrag der drei direkten Steuern (Lohnsteuer, Einkommenssteuer und Körperschaftssteuer) deckt die Lohnsteuer bereits 60% ab. Und was den Ertrag aus den indirekten Steuern betrifft, ist es überhaupt eindeutig, daß er in erster Linie aus den Taschen der Volksmassen kommt.

So finanzieren die Massen den Staat, der sich in Wahrheit gegen sie richtet, der zu ihrer Unterdrückung da ist. Das ist bei den direkten Gewaltinstrumenten Polizei, Gendarmerie und Bundesheer noch leichter zu erkennen. Entsprechende Erfahrungen hat die Arbeiterklasse sammeln können, seit sie existiert, vor allem 1918/19, 1927, 1934, 1938-45 und 1950. Aber abgesehen von den direkten Gewaltinstrumenten, die sozusagen die letzten Reserven der Bourgeoisie darstellen, verfügt der Staat über eine Reihe von Unterdrückungsorganen, deren Aufgabe es vor allem ist, selbständige Kämpfe der Arbeiter und der Massen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Dazu zählt etwa der ganze bürokratische Verwaltungsapparat, oder der arbeiter- und volksfeindliche Justizapparat. Dazu zählen genauso aber auch die Schulen, sowie die anderen Ausbildungsstätten, in denen die Jugend dazu erzogen wird, Ausbeutung und Unterdrückung hinzunehmen, keinesfalls den Kampf dagegen zu wagen.

Und selbst bei so "unpolitischen" Dingen, wie der Errichtung von Straßen und anderen öffentlichen Bauten tritt der Klassencharakter des Staates zutage: Ein direktes Lehrbeispiel dafür liefert uns in jüngster Zeit der AKH-Skandal. Immer wieder ist davon die Rede, daß im Interesse des Volkes ein grosses und leistungsfähiges und modernes Spital errichtet werden müsse und dieses der Bevölkerung schon einiges wert sein solle. Tatsächlich wird das neue AKH aber weniger Betten haben, als das alte AKH, was angesichts des katastrophalen Bettenmangels in der Bundeshauptstadt gar nicht schlimm genug bewertet werden kann. Die Gesundheitsversorgung wird sich also nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern. Dies insbesondere auch deshalb, da ja ein wichtiger Gesichtspunkt beim neuen AKH der ist, das gesamte Spital so zu konzipieren, daß es möglichst, die Verweildauer der Patienten zu senken, um Kosten einzusparen.

Die Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung. Die Gelder, die der Staat in die Gesundheitsversorgung steckt, dienen aber offensichtlich nicht, um diese zu verbessern, sondern um hier die künftig zu zahlenden Gelder senken zu können. Die Bourgeoisie weiß tatsächlich tausend und abertausend bessere Verwendungszwecke für das den Massen abgepreßte Geld, als die - auch für sie leider unumgängliche - Gesundheitsversorgung der Massen. Auch hier vertritt also der Staat die Interessen der Kapitalisten und keineswegs die der "Gesellschaft an sich".

Abgesehen davon, daß die Finanzierung des Staates durch die Volksmassen große Bedeutung auf ideologischem Gebiet hat, nützt die Bourgeoisie diesen Umstand vor allem, um sich direkt zu bereichern. Solange die Volksmassen über Steuern den Staat finanzieren müssen, bleibt den Kapitalisten über ihren Staat ein Weg für zur indirekten Senkung der Realeinkommen. Die Lohnabhängigen sehen sich so immer zwischen zwei Fronten: hier die Kapitalisten, die den Lohn ständig drücken, da der Staat, der vom Lohn immer mehr abzwackt. In Wahrheit fließt letztendlich alles in die gleiche Tasche. Wir Kommunisten meinen, daß sich die Kapitalisten ihren Staat selbst zahlen sollen müssen. Abgesehen davon, daß so klar werden kann, wessen Werkzeug der Staat in Wahrheit ist, kann nur auf diesem Weg verhindert werden, daß die Lohnabhängigen ihren Lohn zwar immer noch irgendeiner Seite verteidigen, während er jeweils von der anderen Seite immer beschnitten und gekürzt wird.

Müssen die Kapitalisten ihren Staat erst einmal selbst finanzieren, müssen sie alle Mittel für die Staatsausgaben direkt aus den Profiten bestreiten. Und steigen die Staatsausgaben an, müssen die Kapitalisten direkt versuchen, die Löhne der Arbeiter zu senken, was ihnen nicht so leicht möglich sein wird, wie heute über die Steuereintreibung des "klassenneutralen" Staates.

Die Beendigung des Zustandes, daß der bürgerliche Staat von den Volksmassen finanziert wird, ist allerdings keine leichte Aufgabe. Denn immerhin richtet sich diese Maßnahme direkt und offen gegen das Herz der bürgerlichen Herrschaft - gegen den Staat.

Unsere Forderungen sind also nur im scharfen Klassenkampf zu erreichen und es ist überhaupt nicht sicher, ob sie vor Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie durchgesetzt werden können.

Der Kampf um sie ist ein Kampf gegen den Hauptfeind der Arbeiterklasse und gegen das Haupthindernis in diesem Kampf: gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat.

Je stärker und entschiedener der Kampf gegen die staatliche Ausplünderung geführt wird, umso schlechter für die Herrschaft der Kapitalisten und umso besser für die Revolution.

Unverschämtheiten der Regierung gegenüber den Stipendienforderungen der Studenten

Studenten und ihre Vertretungsorgane in der Österreichischen Hochschülerschaft streiten seit Jahren um die finanzielle Unterstützung während des Studiums in Form von staatlichen Stipendien. Am 14. April fanden Gespräche von ÖH-Vertretern mit Kreisky, Firnberg und Elfriede Karl statt. Die Regierungsvertreter konnten es sich leisten, die Studenten auf eine Stipendienerhöhung frühestens ab 1.11981 zu vertrösten.

Diese Äußerungen der Regierungsvertreter sind eine Provokation gegenüber den Kindern und ihren Eltern, die Arbeiter, Bauern, kleine Angestellte, kleine Beamte und Kleingewerbetreibende sind. Vielen von ihnen ist es überhaupt gar nicht möglich, ihren Kindern ein Studium zu finanzieren. Für die meisten heißt es nach der Hauptschule, für einige nach der Matura, möglichst schnell arbeiten zu gehen und selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. Diejenigen, die trotzdem ein Studium beginnen, haben gegenüber den Kindern der Reichen ständig Progleme: 50 Prozent der Studenten arbeiten neben dem Studium, die Eltern sparen sich selbst für ihr studierendes Kind einiges ab. Während die Kinder der Reichen und der Bourgeoisie wesentlich zwangloser studieren können, leicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen können, genügend Lehrmaterial kaufen können, an Exkursionen teilnehmen können, das Studium beliebig abbrechen und hinauszögern können, unterliegen viele Kinder aus dem Volk neben dem finanziellen Druck auch dem Studiendruck. Für Stipendienbezieher besteht die Pflicht, ständig in bestimmter Reihenfolge den Studienerfolg nachzuweisen und das Studium ohne große Zeitüberschreitungen abzuschließen. Alles unter Androhung, das Stipendium zurückzahlen zu müssen und zu verlieren. Die staatliche Politik zielt auf Änderungen im Stipendiwesen.

Derzeit bekommen noch 11 Prozent der Studenten ein staatliches Stipendium, während es 1971 noch 25 Prozent waren. In dieser Zeit ist aber auch die Anzahl der Studenten gewachsen, die aus Bevölkerungsschichten kommen, die nicht ohne weiteres ein Studium des Kindes finanzieren können. Das Ziel der herrschenden Klasse und ihres Staates ist es, diese Studenten ständig unter Druck zu halten, um möglichst wenig Fragen aufkommen zu lassen, wem die Ausbildung auf den Hochschulen dient. Gleichzeitig soll auch das Budget des Staates möglichst wenig belastet werden. Während die Massensteuern und Tarife ständig steigen, werden Ausgaben für das Volk wo nur möglich reduziert, um Gelder verfügbar zu haben zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Kapitals. Viele studierende Kinder aus dem Volk und ihre Eltern gehören zu den Leidtragenden.

Die herrschende Klasse und ihr Staat können sich diese provokante Politik gegenüber größeren Teilen der Studeten solange leisten, solange ihr nicht die Arbeiterklasse und ihr Organ, die Gewerkschaft, entgegentritt. Aber auch solange die Vertretung der Studenten, die ÖH, dem Staat ständig in die Hände arbeitet. Zwar gibt es kaum ein ÖH-Organ, kaum eine Studentenfraktion, die nicht mehr finanzielle Unterstützung für mehr Studenten fordert. Doch jede auf ihre eigene Weise mit den unterschiedlichsten Forderungen. Der Zentralausschuß der Hochschülerschaft propagierte z.B. in der Vergangenheit entweder unrealistisch hohe Forderungen, oder nur eine allgemeine jährliche Dynamisierung, oder wie derzeit eine allgemeine Ausweitung der Zahl der Stipendienbezieher. Und dazu jede Universität, entsprechend ihrer politischen Zusammensetzung, eigene, oft ganz andere Forderungen. So war es in der Vergangenheit, und ist es heute, der herrschenden Klasse ein leichtes, das Stipendienwesen ständig abzubauen und eine neue Erhöhung erst für 2 Jahre nach der letzten in Aussicht zu stellen, die sicher so wie früher auch, nicht die Verteuerung der Lebenshaltungskosten wettmachen wird. So ist es auch ein leichtes, daß innerhalb der herrschenden Klasse bis in die Presse offen diskutiert wird, eine Art von Kreditstipendien einzuführen, bei dem zu ständiger Kontrolle der Studenten noch eine Verschuldung der Eltern ans Finanzkapital dazukommt. Und dies in einer Situation, wo für Teile der Studenten ungewiß ist, ob sie nach dem Studium auch einen entsprechenden Arbeitsplatz bekommen, der ihnen die Rückzahlungen erlaubt.

In der Woche 5. bis 9. Mai sind Aktionstage auf den Universitäten angesetzt. Alle diese Tage und Aktionen werden nur erfolgreich sein, wenn es den Studenten gelingt, entsprechende einheitliche Forderungen herauszubilden, angefangen von den einzelnen Studienrichtungen, über die einzelnen Hochschulen bis über ganz Österreich. Weiters wenn erreicht wird, daß sich dies auch ausdrückt bei der Verhandlungsführung zwischen Studentenvertretern und Regierung. Weiters, wieweit es gelingt, sich mit diesen Forderungen an die Arbeiterklasse und das Volk zu wenden. Der Erfolg der Aktionstage ist ungewiß. Denn jede der bürgerlichen Studentenorganisationen ist darauf bedacht, für sich Propaganda zu machen, aber der Kampf um die Ausweitung des Stipendienwesens und der Einheit der Studenten ist ihnen kein Anliegen. Es wird darauf ankommen, wie weit die Studenten dies durchschauen.

KONKRETE FORDERUNGEN

In Ansätzen wurden bereits konkrete Forderungen, z.B. auf der TU-Wien, entwickelt, die davon ausgehen, daß eine Novellierung die Verschlechterungen der Vergangenheit wettzumachen hat.

Den Grundbetrag der Stipendienbemessung von 33.000 Schilling auf 55.000 Schilling zu erhöhen. Dieser Grundbetrag legt fest, bis zur Höhe welches jährlichen Einkommens der Eltern ein Höchststipendium von derzeit 34.000 Schilling (10 mal im Jahr) ausbezahlt wird. 3 Prozent der Studenten bekommen derzeit ein solches Höchststipendium. Mit dieser Forderung wird der Kreis der Bezieher ausgeweitet, ebenso wird der Kreis der Bezieher von niedrigeren Stipendien erweitert.

Erhöhung aller Stipendien um mindestens 500,- Schilling monatlich. Die Lebenshaltungskosten haben sich in der Vergangenheit stark erhöht. Mit einem durchschnittlichen Stipendium von 2.000,- Schilling monatlich (10 mal) ist nicht auszukommen. Die Teuerung trifft alle gleich, daher ihr Erhöhung für alle gleich.

Weiters wird die Abschaffung von bestimmten Bezugsklauseln gefordert und die Bezahlung für die Durchschnittsstudiendauer.

Vor allem aber wird eine Novellierung mit spätestens 1.10.1980 also mit Wintersemester 1980, gefordert. Ein späterer Abschluß bed eutet weitere Verschlechterungen und Einengung des Bezieherkreises.

ZWENTENDORF:

Neue Offensive für die Inbetriebnahme steht bevor

Vergangene Woche hat der Zentralvorstand einen neuerlichen Beschluß für die Inbetriebnahme des AKW-Zwentendorf gefaßt. Er lautet:

"In einer Resolution vom 26. September 1978 hat sich der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen, zu der es aber auf Grund der Volksabstimmung vom 5.November 1978 nicht kommen kann.

In der Zwischenzeit haben nun in Europa weitere Diskussionen um den Wert der Kernenergie stattgefunden. Vielen Bedenken steht nun die Tatsache gegenüber, daß zumindest auf einige Jahrzehnte von allen führenden Industrienationen Kernenergie friedlich genutzt werden wird, so daß der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie an die politischen Parteien appelliert, auch die Inbetriebnahme des österreichischen Kernkraftwerkes bei Einhaltung aller gesetzlichen Sicherheitsvorschriften zu ermöglichen."

Dieser Beschluß - wenige Tage vor dem Bundeskongreß Metall, Bergbau,Energie gefaßt - fällt nicht zufällig in eine Zeit gesteigerter Aktivitäten rund um eine weiterhin angestrebte Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf: So läuft etwa gleichzeitig die Unterschriftensammlung für die Einleitung des Pro-Zwentendorf-Volksbegehrens, aufgrund massiven Eingreifens der ÖGB-Führung in den Betrieben auf Hochtouren. Gleichzeitig arbeiten die "Experten" bereits wieder an "Gutachten" über eine bestmögliche Lagerung von Atommüll in Österreich. Und ebenfalls gleichzeitig verhalten sich die beiden Großparteien, die sich sonst in Sachen AKW den Schwarzen Peter gar nicht oft genug zuspielen konnten, merkwürdig ruhig.

Die Volksabstimmung vom 5.November, die mit der mehrheitlichen Ablehnung der Inbetriebnahme Zwentendorfs endete,liegt nun bereits eineinhalb Jahre zurück. Lange genug, scheint es, um nun endlich von dem zu kommen, wozu ja eigentlich auch die Volksabstimmung hätte ein Mittel sein sollen: zur Inbetriebnahme.

Für die Bourgeoisie scheint jedenfalls die gegenwärtige politische Lage für einen solchen Schritt nicht ungünstig zu sein: Sind erst einmal die Bundespräsidentenwahlen vorbei, dann sind vorerst einmal alle wichtigeren Wahlen gelaufen und muß man nicht mehr fürchten, daß - wie 1978 - die beiden bürgerlichen Großparteien sich in der AKW-Frage bis aufs Messer bekriegen. Die Regierung hat bis zur nächsten NR-Wahl noch gut dreieinhalb Jahre Zeit, auch die bedeutenderen Landtagswahlen in Wien und Niderösterreich wurden erst vor kurzem abgehalten.

Dementsprechen hat auch ÖVP-Parteichef Mock sich in puncto AKW-Inbetriebnahme weitaus kooperativer verhalten, als sein Vorgänger Taus - zu Wahlkampfzeiten.

Die Organisationen der AKW-Gegner, die im Zeitraum vor der Volksabstimmung Tag für Tag einflußreicher und stärker wurden, haben sich nach der siegreichen Abstimmung - naturgemäß - in umgekehrtem Sinn entwickelt.

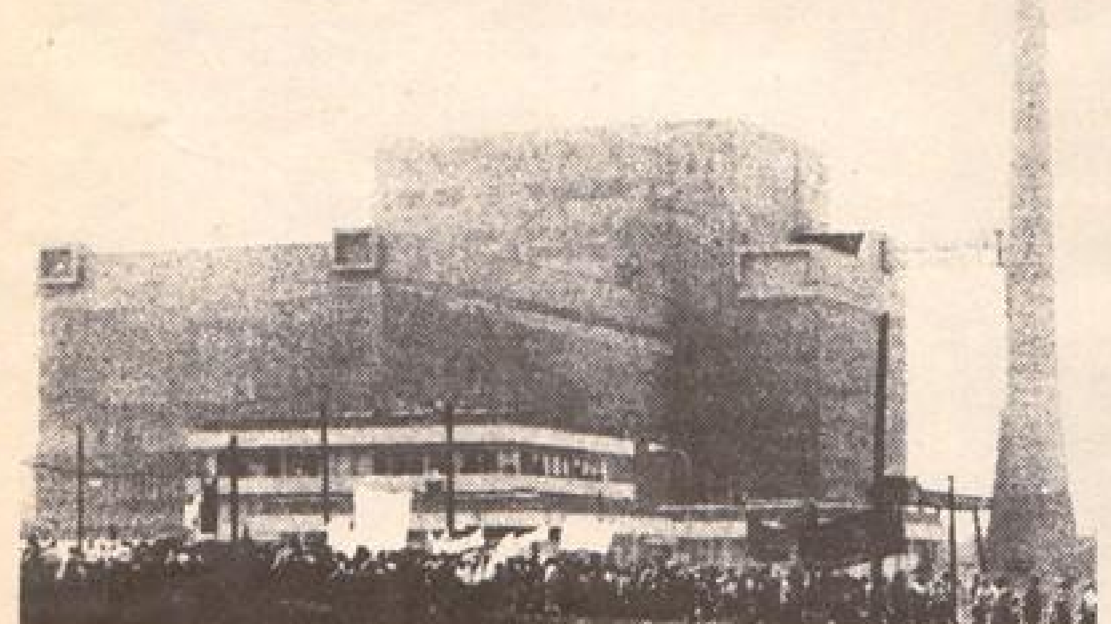
Einiges scheint also dafür zu sprechen, daß es - spätestens im Herbst - zu einer neuerlichen Offensive für die AKW-Inbetriebnahme kommt. Ein günstiger Ansatzpunkt unter mehreren könnte dabei das - von Strohmännern - angestrebte Volksbegehren für eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes sein. Was anfangs eher geringfügig ausgesehen haben mag, entwickelt sich in letzter Zeit immer mehr zu einer wohlorganisierten Aktion der ÖGB-Führung in den Betrieben. Notare reisen von Firma zu Firma und beglaubigen in den diversen Betriebsratszimmern die "Unterstützungserklärungen" der zu diesem Zweck - sanft oder unsanft - vorgeführten Arbeiter und Angestellten. Klar, daß die Kosten dieser Aktion entweder aus der Betriebsratskasse, oder von den Unternehmern, oder von beiden gemeinsam getragen werden.

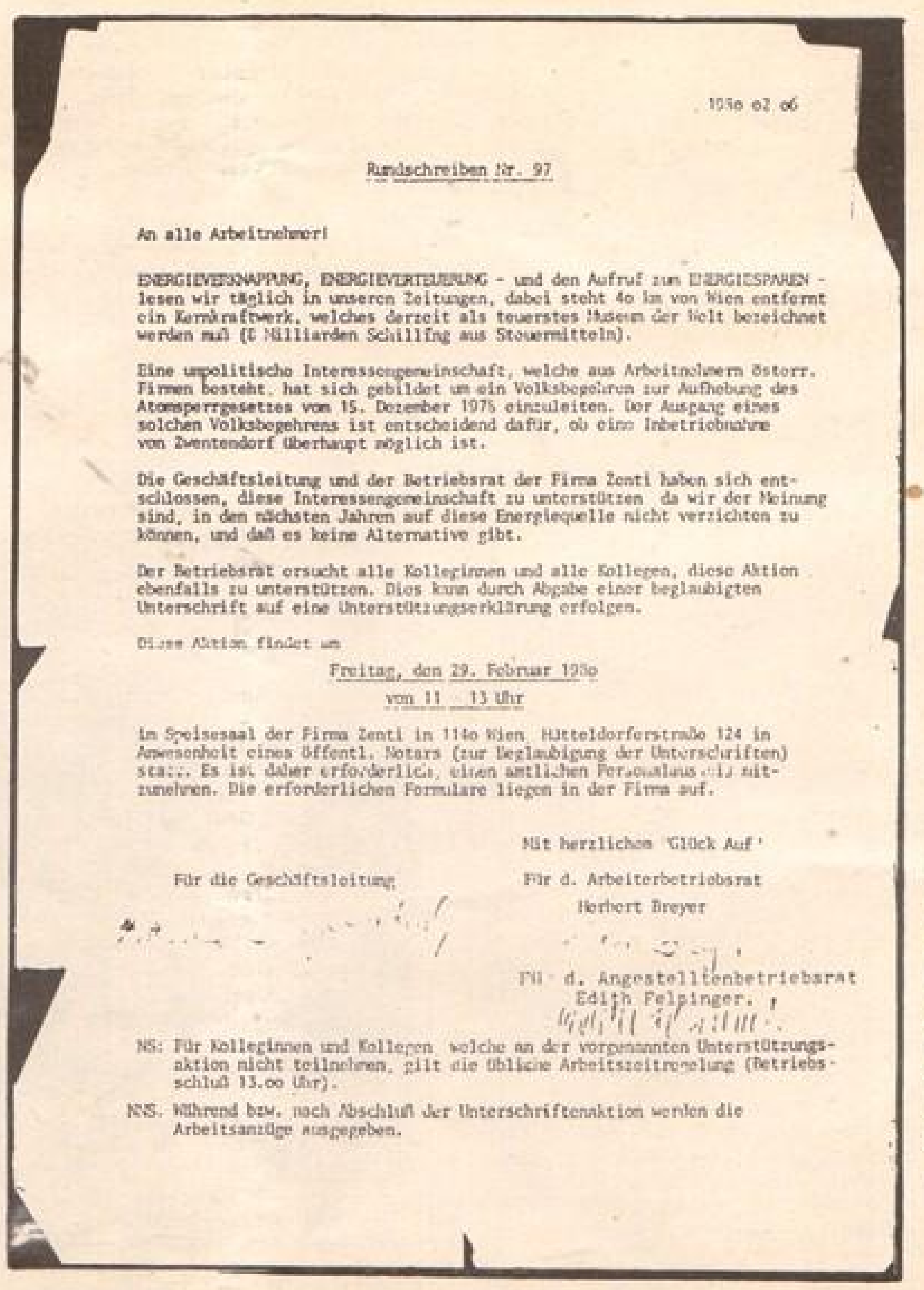
Die Volksabstimmung vom 5.11.78 hat bewiesen, daß es Kapitalisten, Regierung und ÖGB-Führung nicht gelungen ist, die Arbeiter zu einer geschlossenen Kraft für die AKW-Inbetriebnahme zu machen. Eine Nein-Mehrheit wäre sonst wohl undenkbar gewesen. In einer Reihe ausgesprochener Industriegebiete hat es sogar solche Nein Mehrheiten gegeben. Diesen Mangel scheint man nun also gründlich beheben zu wollen. Ein (Neben-)Effekt der Aktion "Notare in die Betriebe" ist sicherlich, daß man es sich von den Lohnabhängigen, soweit das geht, schwarz auf weiß geben läßt, daß sie für die Inbetriebnahme sind, während alle anderen registrierbar sind.

Das Interessante am Beschluß des Metall-Bergbau-Energie - Vorstandes ist sicherlich die Wendung, daß man "an die politischen Parteien appelliert, ... die Inbetriebnahme des österreichischen Kernkraftwerkes ... zu ermöglichen". Zeichnet sich hier die Strategie ab, das Ergebnis der Volksabstimmung per Parlamentsbeschluß (was gesetzlich jederzeit offensteht) ungültig zu machen? Eine Vorentscheidung wird sicher in den Betrieben fallen. Gelingt es der ÖGB-Führung mit den Ergebnissen ihrer Unterschriftensammlung irgendwie den Eindruck zu erwecken, die Lohnabhängigen bräuchten nichts dringender, als die Inbetriebnahme Zwentendorfs, so könnte das - gerade für eine parlamentarische Lösung der Sache - von einiger Bedeutung sein.

Es wird daher in nächster Zeit wichtig sein, daß wir Kommunisten gerade in den Betrieben klarstellen, daß eine Inbetriebnahme Zwentendorfs den Interessen der Arbeiter krass widerspricht, haben doch die Arbeiter ganz abgesehen einmal von den schweren gesundheitlichen Gefahren, die ein aktives AKW mit sich bringt, weder ein Interesse daran, daß sich Österreich mittels dieser "Alternativenergie" von den ölproduzierenden Ländern unabhängiger macht, um diese dann besser erpressen zu können, noch daran, daß sich Österreich mittels Uranlieferverträgen noch mehr in die Abhängigkeit der Supermacht USA, oder gar (wie fürs 2.AKW vertraglich bereits vereinbart war)in die Abhängigkeit der Supermacht Sowjetunion begibt.

Wären die österreichischen Imperialisten bereit, den Ländern der Dritten Welt einen gerechten Preis für ihre Öllieferungen zu zahlen, dann gäbe es auch keine "Energiekrise", müßte Österreich sich auf dem Sektor der Energieversorgung nicht an die USA und die UdSSR ausliefern - was auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus die einzige richtige Lösung wäre.





198o o2 o6

Rundschreiben Nr. 97

An alle Arbeitnehmer!

ENERGIEVERKNAPPUNG, ENERGIEVERTEUERUNG - und den Aufruf zum ENERGIESPAREN - lesen wir täglich in unseren Zeitungen, dabei steht 4o km von Wien entfernt ein Kernkraftwerk, welches derzeit als teuerstes Museum der Welt bezeichnet werden muß (8 Milliarden Schilling aus Steuermitteln).

Eine unpolitische Interessengemeinschaft, welche aus Arbeitnehmern österr. Firmen besteht, hat sich gebildet um ein Volksbegehren zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes vom 15. Dezember 1978 einzuleiten. Der Ausgang eines solchen Volksbegehrens ist entscheidend dafür, ob eine Inbetriebnahme von Zwentendorf überhaupt möglich ist.

Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat der Firma Zenti haben sich entschlossen, diese Interessengemeinschaft zu unterstützen da wir der Meinung sind, in den nächsten Jahren auf diese Energiequelle nicht verzichten zu können, und daß es keine Alternative gibt.

Der Betriebsrat ersucht alle Kolleginnen und alle Kollegen, diese Aktion ebenfalls zu unterstützen. Dies kann durch Abgabe einer beglaubigten Unterschrift auf eine Unterstützungserklärung erfolgen.

Diese Aktion findet am

Freitag, den 29. Februar 198o

von 11 - 13 Uhr

im Speisesaal der Firma Zenti in 114o Wien, Hütteldorferstraße 124 in Anwesenheit eines öffentl. Notars (zur Beglaubigung der Unterschriften) statt. Es ist daher erforderlich, einen amtlichen Personalausweis mitzunehmen. Die erforderlichen Formulare liegen in der Firma auf.

Mit herzlichem 'Glück Auf'

Für die Geschäftsleitung

Für d. Arbeiterbetriebsrat
Herbert Breyer

Für d. Angestelltenbetriebsrat
Edith Felsinger.

NS: Für Kolleginnen und Kollegen, welche an der vorgenannten Unterstützungsaktion nicht teilnehmen, gilt die übliche Arbeitszeitregelung (Betriebsschluß 13.oo Uhr).

NNS. Während bzw. nach Abschluß der Unterschriftenaktion werden die Arbeitsanzüge ausgegeben.

Wie die "Unterstützungserklärungen" für das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren zusammengebracht werden, zeigt das hier abgedruckte Faksimile eines gemeinsamen Rundschreibens des Betriebsrates und der Geschäftsleitung der Wiener Firma Zenti. Ähnlich lief die Unterschriftensammlung auch in den österreichischen Werken des Philips-Konzerns ab und geschieht so in vielen österreichischen Betrieben.

Der Notar kommt in den Betrieb. Die Beschäftigten, ausgerüstet mit einem "amtlichen Personalausweis" dürfen am Freitag schon um 11 Uhr Schluß machen - wenn sie unterstützen gehen. Und damit eine zusätzliche Motivation gegeben ist, werden bei der Unterschriftenaktion gleich die neuen Arbeitsanzüge ausgegeben.

KPÖ am Österreichtrip

"Immer wieder Österreich" steht auf einem kleinen Heftchen, das seit neuestem Viele auf der Straße in die Hand gedrückt bekommen. Das Heftchen ist aber nicht etwa vom Österreichischen Fußballbund, sondern von der - KPÖ, die nicht darauf verzichten kann, versteckt hinter diesem populärem Slogan ihre Politik an den Mann zu bringen. Funktion des Heftchens ist es, dazu beizutragen, daß die KPÖ von den Massen nicht mehr als Agentur des Sozialimperialismus, sondern als "österreichische Partei" gesehen wird. Dieses Problem scheint sich für die KPÖ recht krass zu stellen, anders läßt sich das penetrante Lamento in dem Heftchen gar nicht erklären.

Es beginnt schon mit dem Vorwort, in dem sich KPÖ-Chef Muhri ganz im Stile eines alten Landesfürsten mit einem herzlichen "Liebe Landsleute" an die Leser wendet. Und geht bis zur letzten Seite, wo die Parole: "Für einen Sozialismus in Österreichs Farben" propagiert wird. Es finden sich aber auch eine Reihe von Aussagen, die verraten, wie die KPÖ wirklich zum Sozialismus steht. Etwa unter der Überschrift "Warum die Multis eine Gefahr sind", heißt es: "Sie gehen von weltweiten Profitstrategien und nicht von den Interessen der österreichischen Werktätigen aus". Seltsam, wie hier suggeriert wird, daß alle "Nicht-Multis" offensichtlich von den Interessen der Werktätigen ausgehen, oder dies - im Gegensatz zu den Multis - zumindest könnten. Unter derselben Überschrift wird auch darüber geklagt, daß "in den vergangenen zwölf Jahren allein mehr als 33 Milliarden Schilling an Gewinnen ins Ausland transferiert wurden". Und dies sei deshalb zu verurteilen, da "dieser gesellschaftliche Reichtum in Österreich von Österreichern erarbeitet wurde, aber nicht der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Österreichs zugutekommt". Für die KPÖ gibt es also nicht den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern nur den zwischen "Österreichern und Ausländern". Und ihr Problem ist es nicht, daß sich die Bourgeoisie aneignet, was die Arbeiterklasse produziert, sondern daß ein Teil der Profite "nicht der Wirtschaft Österreichs zugutekommt". Mit diesem selbst ausgestellten Attest versehen, glaubt sie sich auch, darüber beschweren zu können, daß sie von den anderen Parteien so stiefmütterlich behandelt wird und sehnt die Zeit nach 45 zurück, in der "auch die anderen beiden demokratischen Parteien am Wiederaufbau teilgenommen haben, wie überhaupt die Atmosphäre viel kameradschaftlicher war."

Am stärksten wird es aber zum Schluß, wo es heißt: "Die parlamentarische Republik, in der wir heute leben, ist das Ergebnis eines jahrzehntenlangen Kampfes der österreichischen Arbeiterbewegung. Die KPÖ hat dazu seit ihrer Gründung im November 1918 positiv beigetragen". Hier handelt es sich um zwei faustdicke Lügen und Geschichtsverfälschungen. Tatsächlich ist nämlich die bürgerliche Republik in der wir heute leben nicht das Produkt des Kampfes der österreichischen Arbeiterbewegung, sondern Produkt des Kampfes der österreichischen Bourgeoisie um die Macht. Und die KPÖ hat nicht seit November 1918 zur Festigung der Bourgeoisherrschaft beigetragen, sondern erst seit ihrer revisionistischen Entartung in den Fünfzigerjahren. Oder war etwa das Programm der KPÖ "Zur Nationalen und Sozialen Befreiung" ein Beitrag zur "parlamentarischen Republik, in der wir heute leben"? Auch die Arbeiterbewegung hat immer gegen, nie für diesen Staat gekämpft. Das wissen und anerkennen alle, die in den Februarkämpfen 1934 etwas anderes, als einen Kampf für die Wiedereröffnung des Parlaments.



Aber über die Kämpfe der Massen steht in dem Heftchen der KPÖ ohnehin kein einziges Wort. Die heutige KPÖ scheut nicht einmal davor zurück, über die Nachkriegsgeschichte zu schreiben und dabei den großen Oktoberstreik zu verschweigen. Könnte sonst womöglich schlecht für das bürgerlich-demokratische Make-up sein, das man zentimeterdick aufträgt, um zu verbergen, was darunter liegt. Und unter all diesem Gerede von "Immer wieder Österreich" und "KPÖ immer für Österreich" liegt natürlich das genaue Gegenteil. Die Sowjetunion wird in dem Heftchen nicht einmal erwähnt - geschweige denn die unterstützende Haltung die die KPÖ ihr gegenüber all ihren Aggressionsakten einnimmt. Und das mit gutem Grund.

Denn die Österreicher sind nicht für Faschismus und Sozialimperialismus Marke Moskau. Daran wird auch die KPÖ mit all ihrer Millionenwerbung und mit all ihren Lügen nichts ändern können.

TEUERUNG: 6 PROZENT NICHT MEHR FERN

Die höchste Preissteigerungsrate seit drei Jahren ist für März festgestellt worden. Die Lebenshaltungskosten haben sich gegenüber März 79 um 5,5% erhöht. Nach dem offiziellen Index. Ohne Saisonwaren, wie Obst, Gemüse usw., sogar um 5,9%. Die Sechsprozentmarke soll heuer noch überschritten werden, kündigen die Wirtschaftsforscher an. Auch vor den Krisenjahren 75/76 stieg die Inflation rasch an.

Im März vor einem Jahr hat ein Liter Super noch 7,- Schilling gekostet. Ab 1. April schon 7,30 Schilling, Mitte Mai wurde gleich der nächste Preisantrag gestellt, in der Folge kostete Super dann 7,90 Schilling. Der nächste Preiantrag forderte die Erhöhung auf 8,90 Schilling, bewilligt wurden dann "nur" 8,40. Doch seit Februar liegen dem Handelsministerium schon wieder die jüngsten Anträge auf Vertteuerung vor: 9,37 Schilling wollen die Ölkonzerne in der nächsten Zeit für den Liter Super kassieren...

Noch krasser war die Entwicklung beim Ofenheizöl, das im März 79 noch 3,20 kostete, ein Jahr später bereits 4,60. Das ist eine Verteuerung um 44%.

Begründet wurden die Erhöhungen immer mit Rohölpreiserhöhungen durch die Erdölproduzierenden Länder. Doch da das Öl im immer tiefer fallenden Dollar verrechnet wird, sank der Importpreis für Rohöl in Wirklichkeit. Der Staat kassierte bei jeder Erhöhung automatisch mit, denn der Benzinpreis besteht zu mehr als der Hälfte aus der Mineralöl- und der Mehrwertsteuer.

Milch wurde im vergangenen Jahr gleich zweimal teurer. Im Jänner wurde der Milchpreis um 5,7% erhöht, im Dezember nocheinmal um um 11,6%, insgesamt also um rund S 1,50.

Auch Milchprodukte sind verteuert worden, und zwar um rund 10%. Butter wurde zweimal erhöht, insgesamt ist das Viertel Butter um rund 1,70 Schilling teurer geworden.

Im August ist der Brotpreis um 50 Groschen für den Laib und um 60 Groschen für den Wecken erhöht worden. Auch Mehl und Grieß sind um 40 bis 60 Groschen teurer geworden.

Im Oktober war es das Bier, das um 7% verteuert wurde. Vom Bierpreis kassiert der Staat 38 Prozent über die Steuern.

Bereichert hat sich der Staat auch noch beim Postporto, das im Jänner 79 mit 33,7% zu Buch schlug, beim Bahntarif mit einer Verteuerung um 8,6% und beim Überlandbus um 10%.

Im Jänner 80 kam dann der gewaltige Schub von Tariferhöhungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, Strom, Gas, Fernwärme und verschiedene anderen städtischen Gebühren. In Wien, Linz, Klagenfurt-Celovec und Salzburg wurden die Tarife für den öffentlichen Verkehr um 12,5 bis 33% erhöht. Den Rekord stellte Klagenfurt-Celovec mit der Erhöhung des Kinderfahrscheins um 33% und des Vorverkaufsfahrscheins um 3% auf. In Wien wurde der Vorverkaufsfahrschein um 19,4% teurer (von 7,20 auf 8,60), die Fünftagenetzkarte um 15,5% (von 58 auf 67 Schilling).

WAS SIND SCHON FÜNFEINHALB PROZENT .....

Fünfeinhalb Prozent Teuerung machen für eine Familie, die sich die von der Arbeiterkammer errechneten durchschnittlichen Verbrauchsausgaben von öS 12.600,- pro Monat leisten kann, öS 695,- Schilling aus. Und für Familien, wo nicht zwei verdienen, sondern nur einer, und die mit 8.000,- Schilling und weniger auskommen müssen?

Das Durchschnittseinkommen der restlichen 90 Prozent öS 7.924,- Für März 1980 kann man etwa öS 8.400,- annehmen. Allerdings brutto. Netto also rund 6.5oo,-! Wenn es auch viele Doppelverdiener-Familien gibt, so bleiben noch genug Haushalte über, die mit einem Monatseinkommen in dieser Größenordnung auskommen müssen. Macht für sie die Teuerung auch 5.5 Prozent aus? Brauchen diese Haushalte, weil sie schon vor einem Jahr weniger ausgeben konnten, jetzt nur um 360,- Schilling (5,5 Prozent von 6.5oo,-) mehr? Die Verteuerung der 6-Tagenetzkarte in Wien belastet jeden, der sie braucht, mit öS 52,- im Monat, unabhängig davon, wieviel er verdient. Und die Strom- und Gaspreiserhöhung belastet auch einen kleinen Haushalt - unter der Annahme, daß mit Gas geheizt wird - mit rund 85,- Schilling im Monat. Da auch Heizöl und Kohle teurer geworden sind, trifft jeden Haushalt hier nur die Verteuerung von etwas anderem. Allein diese beiden Preiserhöhungen schlagen also schon mit 137,- Schilling zu Buche. Setzen wir die Milchpreiserhöhung mit 10,- bis 20,- Schilling - je nach Kinderreichtum der Familie - an, die Brotpreiserhöhung mit 7,- bis 10,- Schilling, die Bierpreiserhöhung ganz bescheiden mit 15,- Schilling, die Zigarettenpreiserhöhung mit 30,- bis 60,- Schilling, so kommen wir schon auf 199,- bis 242,- Schilling. Und dazu kommen erst noch -zig andere Verteuerungen.



So kosten zum Beispiel einen Autofahrer, der 13.000 Jahreskilometer zurücklegt, die Benzinpreiserhöhung allein schon 151,- Schilling im Monat. Ein Pendler, der nur 20 km von seinem Arbeitsplatz entfernt wohnt, kann leicht auf diese Kilometerzahl kommen.

Im Durchschnitt machen die Verteuerungen zwar nur 5,5% aus. Doch davon kann sich niemand etwas kaufen. In Wahrheit ist es so, daß für die schlechterbezahlte Hälfte der Lohnabhängigen die Teuerung um einiges mehr als 5,5% ihres Einkommens ausmacht. Nehmen wir nicht die Lohnabhängigen, sondern nur die Arbeiter, sieht die Lage im Durchschnitt noch schlechter aus. Denn in der Angestelltenstatistik scheinen neben den schlechtbezahlten kleinen Angestellten natürlich ein Haufen Spitzenverdiener auf.

Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen verdiente 1978 ein Viertel weniger als 5.387,- brutto. Das nächste Viertel verdiente zwischen 5.378,- und 7.858,-, und auch das dritte Viertel bewegte sich zwischen 7.858,- und 10.427,-. Erst das oberste Viertel liegt über 10.427,- Schilling brutto.

Vergleicht man die Entwicklung der Durchschnitts-Nettolöhne der Arbeiter mit der Entwicklung der durchschnittlichen Teuerung, so ergeben sich seit 1975 jährliche "Reallohnzuwächse" von 0,8 bis 1,9%.*) Doch diese durchschnittlichen Zuwächse von ein bis zwei Hundertstel bedeuten eben, daß für einen großen Teil der Arbeiter die Nettolohnsteigerung der vergangenen Jahre um einiges unter der Steigerung der Preise gelegen sein muß, während sie für andere Teile der Arbeiterschaft noch über den Preissteigerungen lagen.

Was solche "Zuwächse" tatsächlich an der Lage der Arbeiter ändern, illustriert eine Umfrage des IMAS-Instituts, die erhob, was Familien ihrer Meinung nach mehr brauchten. Laut dieser Umfrage erhöhten sich die Ausgaben einer vierköpfigen Familie von Jänner 1977 bis Oktober 1978 von 7.900,- auf 9.350,- oder um 18,5% während der offizielle Preisindex nur eine Teuerung von 6,3% anzeigte. Die notwendigen Ausgaben erhöhen sich eben nicht nur durch die Preissteigerungen, sondern vor allem auch durch die gesteigerten Anforderungen an die Arbeitskraft.

Daß die Einnahmen einer Arbeiterfamilie weit unter dem liegen, was notwendig wäre, illustriert auch die einfache Tatsache, daß z.B. 64% der Arbeiter und Angestellten Niederösterreichs sich keinen Urlaub leisten können.

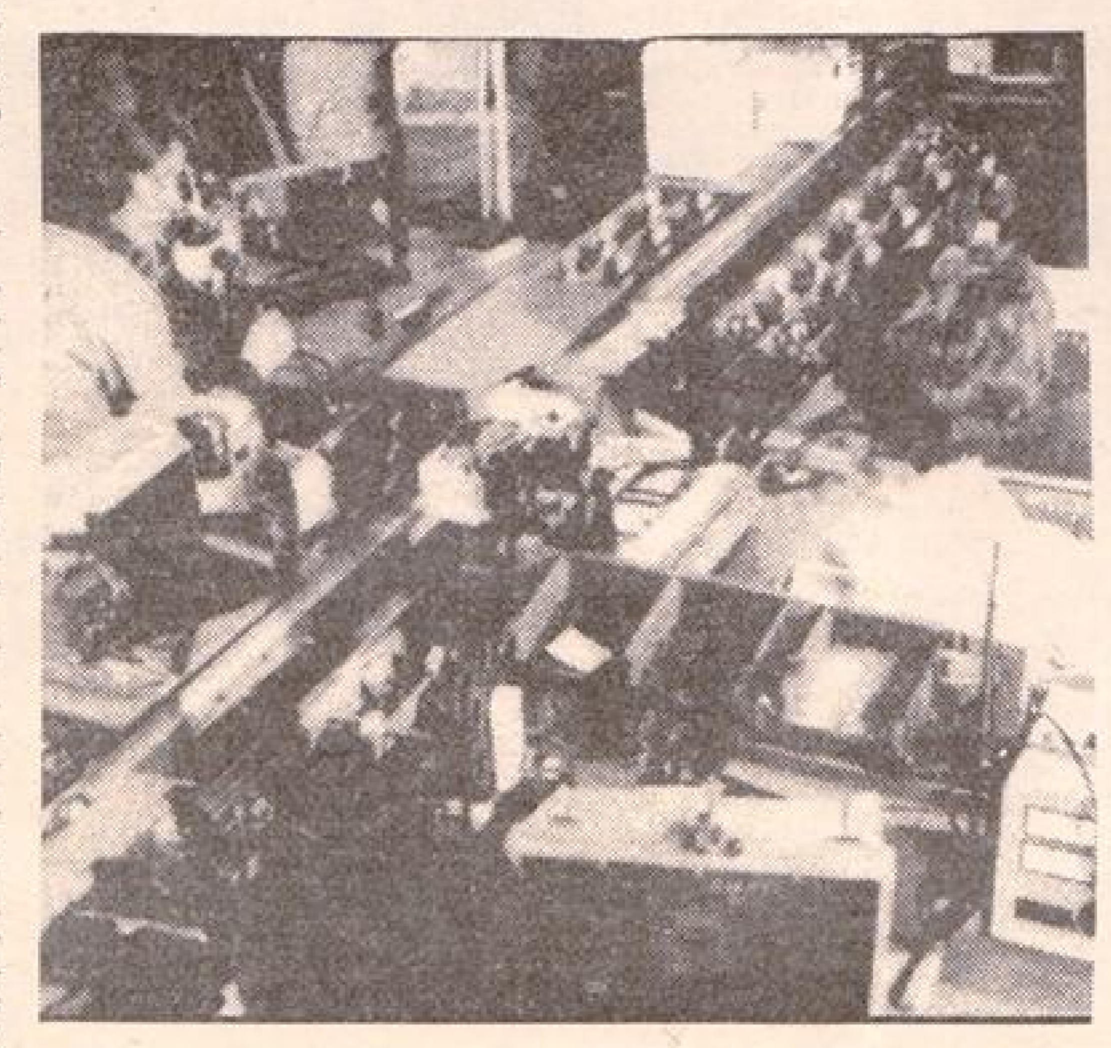
Die nunmehr wieder kräftig ansteigende Inflation wird den Reallohnabbau auf immer größere Teile der Arbeiterklasse ausweiten, wenn diese sich nicht zur Wehr setzt.

*) 1978 wurde der Kinderabsetzbetrag der Lohnsteuer umgewandelt in eine erhöhte Kinderbeihilfe. Die Lohnsteuer erhöhte sich also um denselben Betrag wie die Kinderbeihilfe, und dementsprechend niedriger waren die Nettolöhne. Läßt man das bei der Berechnung außer Betracht, so ergibt sich allerdings für 1978 eine Reallohnsenkung um 1,8%.

Eumig: Zum dritten Mal 'die letzten Kündigungen'

Dienstag, den 15. April wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter des Eumig-Werks Detusch-Altenburg informiert, daß ihr Betrieb geschlossen werden soll. Das Werk hat 480 Beschäftigte, davon zwei Drittel Frauen. Die Gegend wo es liegt, ist zwar malerisch, doch kaum gesegnet mit Arbeitsplätzen. Eine typische Grenzlandregion, wo Arbeitsplätze rar und Arbeitskräfte billig sind.

Die Schließungsabsicht wurde bekanntgegeben zu einem Zeitpunkt, wo noch immer kein Gesamtkonzept für die künftige Struktur des Betriebs vorliegt. Offenbar liegt den Eumig-Sanierern daran, das Ausmaß der Rationalisierungen, die auf die verbleibenden Arbeiterinnen und Arbeiter zukommen, möglichst lange zu verbergen. So wird es der Belegschaft und den Betriebsräten natürlich erschwert, die neuerlichen Kündigungen zu bekämpfen. Daß die Produktion Deutsch-Altenburgs auf die anderen Werke aufgeteilt werden soll, ist bekanntgegeben worden. Die Tonköpfeproduktion soll nach Wiener Neudorf verlegt werden, die Lackiererei nach Kirchdorf und die Produktion von Kabelbäumen nach Fürstenfeld. Ein ganz geringer Teil der Belegschaft soll nach Wiener Neudorf übernommen werden. Solange die Beauftragten von Länderbank und Vockenhuber nicht gezwungen werden können, ihr Gesamtkonzept, mit dem sie den Betriebsrat nun schon seit Monaten hinhalten, endlich auf den Tisch zu legen, kann natürlich schwer abgeschätzt werden, welche zusätzliche Belastungen diese Produktionsverlegung für die Belegschaft der übrigen Werke bringen werden.



Von Deutsch-Altenburg nach Wien: Zwanzig Stunden fahren, um vierzig Stunden zu arbeiten

Betriebsratsobmann Rußnak versucht gegen die Schließung anzukämpfen, indem er die Politiker mobilisiert. Als Erfolg wertet er, daß es ihm am Freitag gelungen ist, "die Politiker beider Reichshälften von Niederösterreich an einem Tisch zu versammeln". Landespolitiker und Betriebsrat haben gemeinsam einen Brief an Länderbank-Chef Erndl, den Eumig-Vorstand, den Eumig-Aufsichtsratspräsidenten Mussil und an den Bundeskanzler verfaßt, worin sie ersuchen, die Schließungspläne "noch einmal zu überdenken", schließlich handle es sich um einen Betrieb im Grenzland. Auf die Frage, ob Kampfmaßnahmen in Erwägung gezogen werden, meint er nur "Schauns, seien wir doch realistisch...."

Die Eumig hat übrigens beim Sozialministerium den Antrag gestellt, entgegen den Bestimmungen des Kündigungs-"Frühwarnsystems" schon zwei Wochen nach Bekanntgabe der Kündigungen, nämlich am 30. April schließen zu dürfen.

Nach einer Vorsprache beim Sozialminister hat der Betriebsratsobmann zwar keine konkrete Zusage, aber doch die "begründete Zuversicht", daß zumindest diese vorfristige Schließung zu verhindern sein wird.

Während sich der Betriebsratsobmann von Eumig Deutsch-Altenburg noch auf seine Weise bemüht, die Schließung zu verhindern, oder wenigstens einen Ersatzbetrieb hinzubekommen, wirbt Philips bereits Arbeitskräfte für das neue Werk in Wien/Inzersdorf an.

Und Philips-Betriebsratsobmann Pazdera betätigt sich als Werber.

Eumig-Gekündigte haben von Pazdera gezeichnete Briefe bekommen, in denen ihnen Arbeitsplätze bei Philips angeboten werden. Pazdera selber war auch in Deutsch-Altenburg, um den Frauen von den Vorzügen der Arbeit bei Philips zu erzählen.

"Nach Wien pendeln heißt zwanzig Stunden fahren, um vierzig Stunden arbeiten zu können", so sieht Rußnak die Lage. Außerdem sucht sich Philips die jungen Arbeiterinnen aus, die für feine Arbeiten gebraucht werden. Vierundneunzig Deutsch-Altenburger Arbeiterinnen und Arbeiter sind aber schon über fünfundvierzig Jahre alt. Ihnen werden die Segnungen eines Postens bei Philips-Horny versagt bleiben.

Arbeiterinnen, die von Eumig/Wiener Neudorf gekündigt wurden, und jetzt bei Philips arbeiten, klagen über die bei weitem strafferen Arbeitsbedingungen. Schichtarbeit sind sie schon gewohnt, doch gibt es bei Philips am Band überhaupt keine Pausen mehr, die Arbeit ist viel intensiver.

Keinen Zusammenhang sieht SP-Zentralbetriebsratsobmann Fadler zwischen dem kampflosen Nachgeben bei den bisherigen Kündigungen, von denen es schon mehrmals geheißen hat, daß es "nun aber die letzten seien", und den neuerlichen Kündigungen bei Eumig. "Der Betrieb ist halt krank", meint er.

Schlägt Dallinger neue ÖGB-Lohnpolitik vor?

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Dallinger, hat sich bei einer Pressekonferenz mit Wirtschaftsjournalisten am 9.April sowie in einem Aufsatz in den Bezirkszeitungen der Gemeinde Wien zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik in einer Art und Weise geäußert, die teilweise in deutlichem Kontrast steht zu den Äußerungen von Benya. Und er hat einige Gesichtspunkte der gewerkschaftlichen Lohnpolitik festgehalten.

Die gewerkschaftliche Lohnpolitik sei "grundsätzlich retrospektiv": Sie soll sich also an den Inflationsraten der Vergangenheit, nicht an denen der Zukunft orientieren. Das ist richtig. Der Lohnkampf ist ja Kampf um die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft und er ist im allgemeinen immer ein Kampf ums Nachziehen. Weiter: Maßgebend sei nicht der Brutto-, sondern der Nettolohn. Das ist ebenfalls richtig. Und eine indirekte Kritik an der alten wie der neuen "Benya-Formel", die von der Illusion des Bruttolohns ausgeht, soweit sie nicht überhaupt glatte Erfindung ist. Weiter: Von einer Erhöhung des Reallohns könne gar keine Rede sein. Das ist ebenfalls richtig. Zwar regt sich die revisionistische "Volksstimme" fürchterlich darüber auf, denn die Lohnabhängigen hätten ja schließlich ein "Recht" auf Reallohnsteigerung. Jedoch geht es nicht um moralische Werte, sondern um die objektive materielle Lage und die objektiven Möglichkeiten und Aufgaben. Wenn Dallinger die Wahrheit sagt, ist das günstiger als ein markiges revisionistisches Sprüchlein. Dallinger resümiert schließlich, daß es "schon ein Erfolg w äre, wenn wir ... die derzeitigen Reallöhne auch für die Zukunft, zumindest im Jahr 1980, sichern können." Auch das ist richtig. Und es müßte das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sein.

Wie könnte dieses Ziel erreicht werden? Nur indem die Gewerkschaften Bruttolohnerhöhungen von zumindest 8-9% durchsetzen. Ohnehin geht das vom Verbraucherpreisindex aus, der die tatsächliche Teuerung der Lebenshaltungskosten der Volksmassen nur sehr verzerrt erfaßt. Er wird heuer bis Jahresmitte auf 6% steigen. Mehr als 6% bliebe aber von 8-9% angesichts der Lohnabzüge sicher nicht übrig.

Dallinger jedoch erklärt, daß die Lohnabschlüsse zwischen 6-7% liegen müßten. Von Sicherung des Reallohns kann damit aber überhaupt keine Rede sein.

Dallinger geht offenbar genauso wie die anderen Gewerkschaftsführer davon aus, daß der Reallohn 1980 nicht verteidigt werden kann. Wie soll man sonst die 6-7% verstehen? Aber Dallinger geht auch noch von etwas anderem aus: Daß die "Benya-Formel" immer mehr der Wirklichkeit ins Gesicht schlägt und die ganze gewerkschaftliche Lohnpolitik schön langsam unglaubwürdig macht. Er geht sogar so weit zu sagen, daß die diesbezüglichen Benya-Äußerungen Anfang des Jahres "einige Verwirrung in unseren eigenen Reihen" ausgelöst hätten. Dallinger schlägt eine andere Linie in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik vor. Allerdings nur eine andere Linie in der Begleitpropaganda für eine Praxis, die sich in nichts von der bisher betriebenen gewerkschaftlichen Lohnpolitik unterscheidet. Jedenfalls wenn sich diese Praxis auf 6-7% orientiert, wie dies Dallinger vorsieht. Auf den ersten Blick mögen diese Zahlen sogar hoch erscheinen. Jedoch sind sie es nicht und viel darunter werden die Kapitalisten die Abschlüsse wohl nicht drükken können. Auch Teschl (Chemiearbeiter) und Wille (Metall-Bergbau-Energie) haben erklärt, daß die heurigen Abschlüsse höher liegen würden als die letztjährigen. Klar, wenn die Inflationsrate allein von 3,7% auf 6% angestiegen ist, ganz zu schweigen von der Steigerung der Ausbeutung, der Intensivierung der Arbeit, daher auch der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. (Die Abschlüsse im Vorjahr: 4,2-4,8%)

Auch zu den von Dallinger bekräftigten Gesichtspunkten für die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann man anknüpfen. Jedoch den wichtigsten Gesichtspunkt, daß die Lohnpolitik zumindest auf die Erhaltung des Werts der Arbeitskraft zielen muß, müssen die Arbeiter und Angestellten, müssen die Gewerkschaftsmitglieder noch durchsetzen. Daß Dallinger die Begleitideologie für die Kapitulationspolitik, die die Gewerkschaftsführer gegenüber den Kapitalisten betreiben, näher an die Realität heranholt, kann dafür nur günstig sein. Das gilt unabhängig davon, welche Absichten Dallinger subjektiv verfolgen mag.

Öffentlicher Dienst:

NEUES GEHALTSABKOMMEN MUSS HER!

In der letzten Märzwoche steckte Pöder, Vorsitzender des gemeinsamen Verhandlungsausschusses der drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖBB,Post und Gemeindebedienstete),die Linie der Gewerkschaftsführung für die nächsten, wiewohl noch fernliegenden Gehaltsverhandlungen ab: sie wird für eine Besoldungsreform eintreten, Anfang Herbst eine Gehaltsforderung aufstellen, (und somit die Laufzeit des derzeit gültigen Abkommens einhalten), und eine Steuerreform für die Bezicher niedriger und mittlerer Einkommen fordern.

Gar nicht erst erwogen wird, das Abkommen vorzeitig zu kündigen, obwohl der Gehaltsabbau immer offenkundiger wird.

Warum nimmt aber der SP-Gewerkschaftsführer schon heute zu der erst für Herbst geplanten Gehaltsrunde Stellung? Sicher auch, um etwaigen Forderungen der ÖVP-dominierten Gewerkschaft der Bundesbediensteten zuvorzukommen. Doch in der Hauptsache, um Bewegungen an der Basis der Gewerkschaft möglichst frühzeitig den Boden zu entziehen.Denn die Anzeichen mehren sich, daß es heuer sicher nicht so ruhig bleibt, wie im Vorjahr.

DAS LAUFENDE ABKOMMEN: ERFOLG ODER GEHALTSABBAU?

Ausgehandelt wurde das letzte Gehaltsabkommen im Herbst. Sein Ergebnis war:

* Erhöhung der Gehälter um 4,2% ab 1.1.1980
* Anhebung der untersten Stufe der Verwaltungsdienstzulage auf die nächsthöhere (was für rund 30.000 Postkollegen eine Bruttoerhöhung um S 142,- brachte)
* Laufzeit von 12 Monaten. (Das Stillhalteabkommen für die Dauer der Laufzeit, das die Regierung gefordert hatte, wurde abgewehrt)

Die ÖGB-Führung feierte dieses Abkommen als Erfolg. Und zwar mit der Begründung, daß es deutlich über der Inflationsrate liege. Die betrug 1979 3,7%. Zieht man allerdings die Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrags um ein halbes Prozent von der Erhöhung ab, bleiben nur mehr 3,7%, und zwar brutto. Was wirklich bleibt, zeigt das folgende Beispiel. Einem Briefzusteller etwa, alleinverdiener, verheiratet, zwei Kinder, bleiben von einer Brutto-Erhöhung um S 442,- ganze 259,50 Schilling.

Man sieht, das derzeitige Gehaltsabkommen ist nichts anderes als ein Teil der großangelegten Offensive von Monopolkapital und Staat auf die Löhne und Gehälter der Werktätigen. Dadurch, daß die Preis- und Tariflawine dieses Abkommen buchstäblich überrollt hat, tritt für viele Kollegen schon klar zutage, daß es sich hier um gewaltigen Gehaltsabbau handelt.

WAS IST VON DER LINIE DER ÖGB-FÜHRUNG ZU HALTEN

Über den Gehaltsabbau schweigt sich die ÖGB-Führung aus. Gutes läßt das nicht erwarten. Schon im Vorjahr hat sie die Offensive des Staats auf die Gehälter beschönigt, mit dem Hinweis, daß im Öffentlichen Dienst sowieso höher abgeschlossen wurde als in anderen Branchen. Anders gesagt: 'Seien wir froh, daß bei uns der Lohnraub weniger stark ist als bei den anderen!' Das ist den Kapitalisten und dem Staat wahrlich aus dem Herzen gesprochen.

Gespalten sind die Kollegen aber nicht nur nach Branchen. Die Frucht jahrelanger reiner Prozentabschlüsse ist, daß die Gehaltsunterschiede bei den öffentlichen Bediensteten gewaltig gewachsen sind. Dem will auch die ÖGB-Führung Rechnung tragen, indem sie verspricht, ein neues Besoldungsschema anzustreben. Aber: "Dieses soll nicht eine allgemeine Gehaltserhöhung erreichen, sondern Schwächen im derzeitigen System beseitigen. Derartige Mängel bestehen im handwerklichen Dienst und in der aufwendigen Verwaltung besoldungsrechtlicher Maßnahmen", sagt Pöder.

Wie sehen die Gehaltsunterschiede bei der Post aus? Zwischen 1972 und 1980 hat beispielsweise die Gehaltsgruppe D/II/4 3.361,- Schilling draufgekriegt, die Gruppe C/III/1 3.845,- Schilling, die Gruppe V/2 5.158,-. Die Gruppe VIII/5 aber hat in diesen Jahren 14.519,- Schilling brutto dazubekommen.

Der Spitzenbeamte, der sowieso schon viereinhalb Mal soviel verdient wie ein Briefzusteller, hat auch noch mehr als viermal soviel dazubekommen in diesen acht Jahren. Eine Besoldungsreform für die kleinen und mittleren Gehälter wird also an der Kluft zu den Spitzengehältern nichts ändern.

Der Zweck der ganzen Sache ist, die unteren Verdienstklassen von der fundamentalen Frage, nämlich der Verteidigung des Reallohns abzulenken. Denn eine allgemeine Gehaltserhöhung soll ja laut Pöder dadurch nicht erreicht werden...

Es wäre nicht das erste Mal, daß ein solches Versprechen dafür herhalten soll, die Kollegen dazu zu bewegen, einen Lohnraubabschluß hinzunehmen.

Heuer wird die Sache mit der Besoldungsreform noch dazu verknüpft mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Steuerreform. Es müsse, so Pöder, vor allem für die unteren und mittleren Einkommen der Steuerdruck gemildert werden. Es ist ja auch klar, bleiben einem Spitzenbeamten nach allen Abzügen noch immer 800,- Schilling von der letzten Erhöhung, so bleiben einem Zusteller nur zwischen 200,- und 250,- Schilling. Je nach Gehaltsgruppe werden von der Bruttoerhöhung zwischen 40% und 45% Abzüge gemacht.

Daß es notwendig wäre, diesem Steuerdruck einen Riegel vorzuschieben, versteht sich. Doch war Pöders Äußerungen bisher nicht zu entnehmen, daß er tatsächlich den Plänen der von seiner Partei gestellten Regierung, die Lohnsteuerreform bis 1983 hinauszuschieben, auch wirklich entgegentreten will.

Erstes Problem ist aber die Haltung der ÖGB-Führung zur Laufzeit des geltenden Abkommens. Pöders Aussage: Das derzeit geltende Gehaltsabkommen laufe erst Ende dieses Jahres aus. Man werde die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten genau analysieren und Anfang Herbst die Gehaltsforderung stellen.

Man ist zwar im Herbst auf keine Stillhalteklausel eingegangen, aber anstatt daß dies jetzt genützt wird, gibt Pöder eine Loyalitätserklärung für die SP-Regierung ab. Nicht die berechtigten Interessen der Kollegen sollen Grundlage für die Forderungen sein, sondern die "Analyse der wirtschaftlichen Lagen", also offenbar der Lage von Staat und Kapital. Das Nächste, was die Kollegen zu hören bekommen werden, ist sicherlich wiedereinmal ein Sparappell. Die "Beamten" werden wiedereinmal Rücksicht auf die schwierige Lage der herrschenden Klasse und ihres Staates nehmen müssen, und als Vorbild für die übrigen Werktätigen nicht nur den jetzigen, sondern auch den künftigen Lohnraub hinzunehmen haben...

WIE DEN KAMPF GEGEN DEN GEHALTSABBAU FÜHREN?

Diese Linie der ÖGB-Führung muß abgelehnt werden. Sie zielt darauf ab, sowohl das Hinausschieben der Gehaltsverhandlungen als auch weiterer Gehaltsabbau von vornherein hinzunehmen.

Umsomehr ist es notwendig, daß die Kollegen sich dieser Linie aktiv entgegenstellen. Entscheidend ist dabei der gewerkschaftliche Zusammenschluß von unten. Entscheidend ist, daß die Kollegen in den Dienststellen, Ämtern und Betrieben ihre Gehaltszettel studieren, sich überlegen, was sie angesichts der wachsenden Teuerung und staatlichen Ausplünderung mehr zum Leben brauchen, das gemeinsam diskutieren und ihre Forderungen auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen in Beschlüssen festlegen, und die Gewerkschaftsführung mit ihren berechtigten Anliegen regelrecht "belagern". Notwendig ist aber auch, daß die Kollegenschaft selber sich Kampfmaßnahmen überlegt, wie z.B. Dienst nach Vorschrift, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

In einigen Salzburger Postämtern sind Bestrebungen in dieser Richtung bereits im Gange. Es geht darum, die vorzeitige Kündigung des Gehaltsabkommens zu erreichen, und Verhandlungen für ein neues Abkommen aufzunehmen. Dabei sind Prozentforderungen, die die Aufspaltung der einzelnen Gehaltsgruppen zementieren würden, unbedingt abzulehnen. Stattdessen soll eine solche Erhöhung erreicht werden, die geeignet ist, den Reallohn zu verteidigen, und die Spaltung zwischen den Gehaltsgruppen zu verringern.

Der KLASSENKAMPF wird demnächst mehr darüber berichten.

BEISPIEL 1: EIN KOLLEGE IM BRIEFZUSTELLDIENST, VERHEIRATET, ZWEI KINDER, ALLEINVERDIENER, EINGESTUFT IN D/I/5

	bisher	ab 1.1.1980	Erhöhung
Gehalt	6.261,-	6.524,-	
Verwaltungsdienstzulage	743,-	922,-	
Haushaltszulage m. Steigerungsbetrag	450,-	450,-	
Familien- u. Wohnungsbeihilfe	1.890,-	1.890,-	
Bruttobezug	9.344,-	9.786,-	442,- (4,73%)
Abzüge:			
Krankenversicherung	239,-	253,-	
Arbeiterkammerumlage	37,30	39,50	
Wohnbauförderungsbeitrag	37,30	39,50	
Pensionsbeitrag (6%;ab 1.1.80:6,5%!)	420,20	484,-	
Lohnsteuer	566,70	667,-	
daher Nettogehalt:	8.043,50	8.303,-	259,50 (3,23%!)

Von 4,73% Bruttoerhöhung bleiben ihm netto nur mehr 3,23% !

BEISPIEL 2: EIN KOLLEGE AM BRIEFSCHALTER, LEDIG, EINGESTUFT IN C/III/1

	bisher	ab 1.1.1980	Erhöhung
Gehalt	8.099,-	8.439,-	
Verwaltungsdienstzulage	885,-	922,-	
Wohnungsbeihilfe	30,-	30,-	
Bruttobezug	9.o14,-	9.391,-	377,- (4,18%)
Abzüge:			
Krankenversicherung	288,-	300,-	
Arbeiterkammerumlage	44,90	46,80	
Wohnbauförderungsbeitrag	44,90	46,80	
Pensionsbeitrag	539,-	6o8,50	
Lohnsteuer	1.209,-	1.290,-	
daher Nettogehalt	6.888,20	7.099,40	211,20 3,04%!

Was bleibt, ist eine Nettosteigerung von 3,04% !

Philips-Horny: ÜBERSIEDLUNG INS PARADIES...

Philips-Horny übersiedelt aus dem dritten Bezirk in ein neues und größeres Werk in Wien/Inzersdorf. Während die Bauarbeiten noch im Gang sind, wird in den fertiggestellten Teilen des Werks schon gearbeitet. Die Firmenpropaganda malte den Arbeiterinnen ein Paradies im neuen Werk aus.

Zur Zeit wird in einer Halle gearbeitet. Hauptsächlich in Schicht und nur zum geringeren Teil in Normalarbeitszeit. Die zweite Halle wird bereits eingerichtet.

Wie sieht jetzt so ein "verbesserter" Arbeitstag für die Kolleginnen aus?

Wer kein Auto besitzt, dem beginnt die Hetzerei bereits um 4.30 Uhr,wenn's darum geht, die erste Straßenbahn zu erreichen; wenn's darum geht überhaupt herauszufinden, wie man am besten zur Arbeit kommt. Die Pendler (auch die Wiener) machen eine Rundreise zuerst zum alten Werk dann nach Inzersdorf. Das heißt, sie kommen bei der Schicht zu spät zur Arbeit und müssen dann schauen, wie sie die Stückzahl trotzdem noch schaffen. Und bei Arbeitsschluß, kann es leicht vorkommen, daß der Bus erst gar nicht kommt, bzw. auf sie vergißt und sie dann erst recht wieder warten müssen, bis einer organisiert wird.

Die Badner-Bahn, deren neue Haltestelle groß angekündigt wurde, fährt meistens vorbei und reagiert weder auf Winkzeichen, noch auf Rufe. "Und sich auf die Schienen legen, ist zu gefährlich", meinte eine Kollegin.

Zwar werden Zettel ausgeteilt, wo die verschiedenen Straßenbahnlinien eingezeichnet sind, aber es dauert für die Kolleginnen relativ lange, bis sie die beste Fahrroute herausgefunden haben. Bei der Verkehrssituation in Wien die reinste Nervenprobe.

Trotz der chaotischen Zustände, wird sorgsam darauf geachtet, daß die Kolleginnen und Kollegen acht Stunden lang, die volle Akkordleistung bringen. Egal, ob es Sitzgelegenheit gibt, egal, ob die Geräte am Platz stehen, oder erst herbeigeschafft werden müssen.

Und da wird es einem auch relativ wurscht, ob die Wände gelb, rot oder grau angepinselt sind.

Die Arbeit ist dieselbe geblieben, hat sich teilweise noch verschärft, auf einigen Plätzen wird eine Stoppung erwartet.

Bei Einsteckarbeiten zum Beispiel, ist es den Kolleginnen egal, ob sie im 3. Bezirk, oder in Wien-Inzersdorf arbeiten. Denn Zeit auf den Bauplatz zu schauen, oder die vorbeifahrende Badner-Bahn zu beobachten, ob sie jetzt stehen bleibt oder nicht, hat sowieso keine.

Wer sich vorgestellt hat, daß die Luft nicht mehr so stickig sein wird, daß es keine Zugluft mehr geben wird, hatte sich geirrt.

Für Schichtarbeit gibt es kein warmes Essen. Zwar gibt es einen Stand mit relativ billigen Wurstwaren - aber vielen hängt die Wurstesserei nach einer Woche zum Hals heraus - noch dazu, wenn die Burenwurst gerade lauwarm ist. Eine warme Mahlzeit bekommen die Schichtarbeiterinnen erst am Abend, und dann auch nur, wenn sie nicht zu müde zum Kochen sind, oder jemand anderer für sie gekocht hat.

Zum Raucherverbot an den Bändern: Gleich am ersten Tag war klar, geraucht wird, ob es verboten ist oder nicht. Und es gibt dieselbe Raucherregelung wie im 3. Bezirk. Geraucht wird auch am Arbeitsplatz.

Vom neuen Paradies ist zur Zeit nicht viel zu bemerken. Die Hetzerei durch den Akkord ist geblieben, und hat sich teilweise verschärft; für die Kolleginnen bleibt es also relativ gleich, wo sie arbeiten, außer daß im Werk in Wien-Inzersdorf noch das Chaos mit den Bussen und der Straßenbahn dazu kommt.

METALL-KV: WORUM WIRD ES GEHEN?

Fällig wäre ein neuer Lohnabschluß bei den Metall- und Bergarbeitern per 1. September. Allerdings wurde im letzten Herbst keine Laufzeit vereinbart, es gibt nur eine Absichtserklärung von Sekanina, nach 12 Monaten neu abzuschliessen. Die Lohnverhandlungen werden also in die Urlaubszeit fallen. Eine Vorbereitung von den Betrieben her müßte also demnächst anlaufen, damit nicht die Verhandlungen im Hochsommer unter Ausschluß eines großen Teils der Arbeiteröffentlichkeit vor sich gehe.



Erstes Problem wird sein, das nun schon traditionell gewordene Hinausschieben des Abschlusses um ein bis zwei Monate zu verhindern. Letztes Jahr wurde erst nach 14 Monaten statt nach 12 mit 4,5% abgeschlossen. Aufs Jahr umgerechnet bedeutete das eine Bruttoerhöhung von nur 3,9 %, was bewirkte, daß die Nettolohnsteigerung um einiges unter der damaligen offiziellen Teuerungsrate von 3,6% lag.

Mit nichts als diesem Lohnabschluß mußten die Metaller also im Neunundsiebzigerjahr einen Reallohnabbau erleiden. Sie waren und sind noch immer darauf angewiesen, diesen Reallohnverlust durch innerbetriebliche Lohnbewegungen und individuelle Lösungen auszugleichen. Wie weit dies in einzelnen Betrieben gelungen ist, bzw. noch gelingen kann, ist natürlich nicht leicht festzustellen. Sicher ist nur, daß es bei einer Reihe von Betrieben bis jetzt keine Innerbetriebliche gegeben hat.

Eine innerbetriebliche Lohnerhöhung hat es bei SGP gegeben, und zwar wurde die gewerkschaftlich ausgehandelte Erhöhung aufgestockt auf 6%. Für den durchschnittlichen Facharbeiterlohn von S 10.348,- hat diese Erhöhung netto (gerechnet mit Alleinverdienerabsetzbetrag) S 363,- im Monat gebracht, statt S 275,-, die bei der 4,5 prozentigen Erhöhung herausgekommen wären. Legt man die offizielle Teuerungsrate zugrunde, so hat diese 6-Prozent-Erhöhung gerade gereicht, um den Reallohnverlust wettzumachen. Das gilt freilich nur für den Zeitraum der 14 Monate bis zum letzten Abschluß. Und in der Zwischenzeit hat sich die Teuerung bekanntlich noch beschleunigt.

Dort, wo es keine Innerbetriebliche gegeben hat, fehlten den Arbeitern also schon im September, nach der Erhöhung, runde 90,- Schilling in der Brieftasche, und seither werden es jeden Monat mehr.

Für 1980 rechnet man allgemein damit, daß die Teuerungsrate sich auf 6% erhöhen wird. Um nur den Verlust seit 1.September 79 ausgleichen zu können, werden im Herbst netto rund 480,- Schilling herausschauen müssen, wenn man den Facharbeiter-Durchschnittslohn zugrundelegt. Sollen auch die besseren Facharbeiterlöhne real nicht beschnitten werden, muß die Erhöhung für sie etwas bei 520,- Schilling bringen.

Mit den 6 bis 7 Prozent, die ÖGB-Vize Dallinger als Richtlinie angegeben hat, wird es nicht möglich sein, den Reallohn zu verteidigen, noch dazu, wenn man bedenkt, daß für einen nicht geringen Teil der Arbeiter noch ein Überhang aus dem Vorjahr auszugleichen wäre.

HARTE VERHANDLUNGEN ZU ERWARTEN

Die Unternehmer sehen die kommenden Lohnverhandlungen bereits im Zeichen einer drohenden Wirtschaftsrezession. In der Kapitalistenpresse wird die gegenwärtige Lage immer wieder mit der Situation im Jahr 1974 verglichen. Der steigenden Inflation folgte die Krise auf dem Fuß. Die "Wirtschaft" schreibt rückblickend über die Lohnrunden 74 und 75, sie seien "Wahnsinnslohnrunden" gewesen. Die Effektivverdienste stiegen 1974 und 75 durchschnittlich um 14 bzw. 15 Prozent, bei Teuerungsraten von 9,5 bzw. 8,5% . Diese Lohnsteigerungen wurden aber nicht nur durch kollektivvertragliche Erhöhungen, sondern auch durch Innerbetriebliche und individuelle Lohnerhöhungen, aber auch durch vermehrte Überstundenleistungen, Schicht und Erschwerniszulagen etc.etc. erzielt.

Doch immerhin war noch eine Ausgangsbasis da, die es ermöglichte, die radikal schwächeren Steigerungsraten der folgenden Jahre halbwegs zu verkraften. Heuer erwarten sich die Unternehmer von den Arbeitern und den Gewerkschaften "mehr Einsehen" als 74/75. So wie die Arbeiter 79 den Exportboom bezahlt haben, sollen sie in der kommenden Rezession den Unternehmern behilflich sein, dem vervielfachten Konkurrenzdruck auf den Märkten standzuhalten.

Natürlich auf Kosten der Arbeiter.

Wenn es zu der Rezession kommt - und die Anzeichen dafür mehren sich - muß es aber für die Arbeiter um ganz etwas anderes gehen, als den Unternehmern ihre Profite zu sichern. Zu deutlich ist der Bruch, der sich seit 75 in der Entwicklung der Löhne abzeichnet. Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß eine neuerliche Krise selbstverständlich einen neuerlichen Bruch in der Entwicklung der Löhne mit sich bringen muß. Im Gegensatz zu 1974 haben die Arbeiter aber heute eine viel schlechtere Ausgangsbasis, um einen solchen Bruch verkraften zu können. Nicht nur, daß die Reallöhne seit 1975 stagnieren bis sinken, steigert sich die Intensität der Arbeit ständig.

Der raschere Verbrauch der Arbeitskraft kann schon seit mehreren Jahren nicht mehr durch vermehrte Ausgaben für Erholung wettgemacht werden. Selbst wenn der Reallohn gleich bleibt, sinkt die Bezahlung so dennoch unter den Wert der Arbeitskraft.

Was die Lohnhöhe anlangt, haben sich die Arbeiter also auf schwere Angriffe von Seiten der Kapitalisten gefaßt zu machen. Und besonders bei den Metallern, deren Abschlüsse von den übrigen Branchen immer wieder als Richtschnur angesehen werden, wird es hart hergehen.

GROSSE LOHNUNTERSCHIEDE

Heute verdient ein Hilfsarbeiter in der Metallbranche in Lohnarbeit durchschnittlich 60% von dem, was ein Facharbeiter durchschnittlich im Akkord verdient. Unter den Facharbeitern und unter den Hilfsarbeitern gibt es auch regionale Unterschiede und auch Unterschiede von Betrieb zu Betrieb. Um diese Unterschiede zu verringern, wird zweierlei nötig sein. Die Unterschiede innerhalb der Lohngruppen können nur dadurch eingeschränkt werden, daß die kollektivvertraglichen Mindestlöhne entsprechend angehoben werden. Auch das ist bei der letzten Lohnrunde nicht passiert. Die 7-prozentige Erhöhung, die erreicht wurde, reichte gerade aus, um die Mindestlöhne halbwegs hinter der Effektivlohnentwicklung herzuschleppen, doch keineswegs, um den Abstand zu den Istlöhnen zu verkleinern. Das wird den Unternehmern leicht machen, das Lohnniveau zu senken, sobald sich nur die "Lage auf dem Arbeitsmarkt genügend entspannt", mit anderen Worten, genügend Arbeiter "freigesetzt" sind, um zu Lohndrückern gemacht werden zu können.

Daß die Überzahlungen über den Kollektivvertrag in den letzten Jahren geringer geworden sind, kommt nämlich nicht daher, daß die Mindestlöhne stärker angehoben worden wären. Vor der Krise 1975 waren die Unternehmer gezwungen, Löhne zu zahlen, die weit über dem Kollektivvertrag lagen. Doch da die Kollektivverträge nicht entsprechend nachgezogen wurden, bot sich nach 75 den Kapitalisten die Möglichkeit, die Löhne in Richtung Mindestlohn hinunterzudrücken.

Die Unterschiede zwischen den Lohngruppen wird man nur dadurch verringern können, daß man zusätzlich zur prozentuellen Erhöhung einen Mindestbetrag fordert, der sich wohl in der Höhe der 700,— Schilling bewegen wird müssen, die jetzt von der Chemiegewerkschaft - allerdings ohne Prozenterhöhung - als Forderung aufgestellt wurden.

ABFERTIGUNGSREGELUNGEN MÜSSEN VERBESSERT WERDEN

Auch bei den letzten Verhandlungen wurde die Angleichung der Abfertigungen der Arbeiter an die der Angestellten nicht durchgesetzt. So steht einem Arbeiter, der nach drei Jahren seinen Job verliert, immer noch nur ein Monatslohn als Abfertigung zu, während einem Angestellten zwei zustehen. Gerade jetzt wäre es notwendig, sich auf die erhöhte Gefahr der Arbeitslosigkeit einzustellen. Und bei der verheerend niedrigen Arbeitslosenunterstützung kommt den Abfertigungen natürlich erhöhte Bedeutung zu.

Bis aufs Jahr 1984 zu warten, wo die Arbeiterabfertigungen durchs Gesetz an die der Angestellten angeglichen sein werden, ist wohl kaum angebracht. In Wirklichkeit muß das Ziel sein, über die Angleichung an die derzeitige Angestelltenregelung hinaus zu erreichen, daß der Abfertigungsanspruch bei jedem Arbeitsplatzverlust unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit besteht, und zwar mindestens auf einen Monatslohn. Die Arbeiter brauchen schließlich in erster Linie eine Überbrükkungshilfe für den Fall der Arbeitslosigkeit, und keine "Treueprämie", deren Verlust die Arbeiter davon abhalten soll, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, wann sie es für günstig halten.

Auch die schon seit Jahren geforderte Koppelung der Lehrlingsentschädigung an die Facharbeiterlöhne wurde bei den letzten Verhandlungen nicht einmal zur Sprache gebracht. Eine Lehrlingsentschädigung von 460,— pro Woche (1.Lehrjahr) ist natürlich meilenweit von dem notwendigen Existenzlohn für Lehrlinge entfernt. 75% vom Facharbeiterlohn für Lehrlinge, ist die Forderung des Kommunistischen Bundes Österreichs.

Innsbruck: Gefangene gefoltert

Entsetzliche Zustände wurden durch einen Bericht des Nachrichtenmagazins "profil" über das Innsbrucker Gefangenenhaus bekannt. Ein Gefangener, der eine zweimonatige Haftstrafe abzusitzen hatte, wurde von Justizwachbeamten spitalsreif geprügelt und schließlich nackt mit Eisenketten über 40 Stunden krummgeschlossen. Sein Verbrechen: Er war einem Justizwachbeamten "aufgefallen". Diese Vorfälle werfen ein deutliches Licht auf das mit soviel Mühe gehegte und gepflegte Image vom "überhumanisierten" Strafvollzug in Österreich. Zwar wurden im Innsbrucker Gefangenenhaus einige Beamte vorerst suspendiert, doch zeigt allein die Tatsache, daß die aufgeflogene Folterung bereits 7 Monate zurückliegt, daß solche Vorfälle in Österreichs Gefängnissen so unüblich nicht sind. Dies wird auch durch die Aussage eines Wachbeamten aus dem Innsbrucker Gefängnis bestätigt. Und vor allem bestätigt wird diese Annahme dadurch, daß sofort nach Bekannwerden der Fakten die Justizwachbeamten in vertraulichen Rundschreiben an ihre "Amtsverschwiegenheitspflicht" nachdrücklichst erinnert wurden. Gleichzeitig wurden von hohen Strafvollzugsbeamten Drohungen gegen jene Beamten ausgestoßen, die die Sache auffliegen lassen hatten. In Innsbruck hat der Fall große Empörung ausgelöst. Von einem Komitee, daß zur Untersuchung des Falles in Innsbruck gegründet wurde, wurden bereits über zwanzigtausend Informationsflugblätter verteilt,

Dieses Komitee besteht bereits aus über 100 Personen und hat über sein Kontakttelefon seit seinem Bestehen eine ganze Reihe von Fakten über weitere Fälle von Gefangenenmißhandlung und -folterung erhalten.

Am 23.4. wird im großen Innsbrucker Stadtsaal um 20 Uhr eine Veranstaltung stattfinden. Anonym (verständlicherweise) werden dort Opfer von Mißhandlungen während des Strafvollzuges, bzw. deren Angehörige der Öffentlichkeit die Wahrheit über unseren humanen Strafvollzug berichten. Die verantwortlichen Beamten, vom kleinen Justizwachbeamten bis hin zum Landesgerichtspräsidenten sollen dort in aller Öffentlichkeit beim Namen genannt werden, um den Vorhang der Geheimhaltung hinter dem sie gewohnt sind, ihre Schandtaten zu begehen, herunterzureißen.

VOR 35 JAHREN

"1945 und vielleicht auch noch 1946 wurde das Schicksal Österreichs für die nächsten Jahrzehnte entschieden. Das faschistische Regime und mit diesem das kapitalistische Regime überhaupt war zerschlagen. Es herrschte eine tiefe gesellschaftliche Krise. Die Arbeiterklasse und das Volk wollten ein neues revolutionäres Österreich und den Sozialismus. Österreich stand vor der Entscheidung: Vorwärts gehen zum Sozialismus oder Restauration des kapitalistischen Systems. Notwendig waren in dieser Situation eine revolutionäre Politik zur restlosen Zerschlagung der Überreste des Faschismus, der Kampf gegen den Wiederaufbau eines reaktionären bürgerlichen Staatsapparats und für den Aufbau der selbständigen revolutionär-demokratischen Macht des Volkes (einschließlich selbständiger bewaffneter Formationen des Volkes), der Kampf für die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel unter Arbeiterkontrolle, der Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit sowie um die Einheit Österreichs gegen den US- und den britischen und französichen Imperialismus. Dieser Kampf war notwendig, um die volksdemokratische Revolution zu Ende zu führen und in Richtung Sozialismus zu marschieren.

Gemeinsam mit der damals etwas stärkeren ÖVP war die SPÖ militante Gegnerin eines solchen Kurses der Arbeiterklasse. Ihnen ging es darum, die alte Macht und Herrlichkeit der österreichischen Bourgeoisie aus der 1. Republik in noch größerem Glanz wiedererstehen zu lassen. Dazu brauchte es den alten bürgerlichen Staatsapparat, der teilweise sogar unter Wiedereinsetzung der Beamten des austrofaschistischen Regimes (Gendarmerie) geschaffen wurde.

Die drei westlichen Besatzungsmächte forcierten die bürgerliche Restauration nach Kräften, unterdrückten brutal jegliche demokratische Regung des Proletariats der Bauern und des übrigen Volkes und nahmen den Wiederaufbau des Staatsapparates teilweise selber in die Hand.

Die KPÖ ließ sich auf die Unterstützung dieser kapitalistischen Restauration unter rot-weiß-roter Fahne einschwören. Sie hatte das Ziel der Diktatur des Proletariats aus den Augen verloren, war blind für den Weg der revolutionären Demokratie und begnügte sich mit dem Kampf um Entnazifizierung und Demokratisierung des bürgerlichen Staatsapparates. Nicht selbständige bewaffnete Formation der Arbeiterklasse und des Volkes wurden erhalten und ein Kampf um ihren Ausbau geführt, sondern der Wiederaufbau eines vom Volk getrennten und der Bourgeoisie dienenden Polizeiapparates wurde sanktioniert. Nicht die Wahl der Beamten durch das Volk wurde betrieben, sondern an der Ernennung der Beamten durch die Bourgeoisie "mitbestimmt". Nichts geschah seitens der KPÖ, um revolutionär-demokratische Organe der Volksmacht aufzubauen bzw. vorhandene Keime dazu weiterzuentwickeln.

Es zeigte sich also – und das ist eine wesentliche Erfahrung für heute und die Zukunft – daß es nicht ausreicht, wenn die Arbeiterklasse eine kommunistische Partei hat, deren Mitglieder einen heroischen Kampf gegen Faschismus und Reaktion führen, sondern daß die Partei in der Lage sein muß, durch alle Windungen und Wendungen hindurch, erstens am sozialistischen Ziel festzuhalten und zweitens zum Herankommen an dieses Ziel die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfs zu praktizieren, weil sie sonst unweigerlich ins Schlepptau der Bourgeoisie kommt und die Arbeiterklasse nicht im Kampf um ihre Klasseninteressen führen kann.

Die 11 Jahre seit dem 12. Februar 1934 hatten deutlich gemacht, daß die Arbeiterklasse ohne **revolutionäre Partei nichts ist als ein Spielball der Bourgeoisie. Daß es eine kommunistische Partei vom Leninschen Typus sein mußte und nicht ein Plauderklub, der die Bourgeoisie vor der Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit warnt, lernte die österreichische Arbeiterklasse gerade in der Zeit des Austrofaschismus von 1934 bis 1938.**

Eine wesentliche Lehre dieser Zeit, als der Hitlerfaschismus sich zum Sprung nach Österreich vorbereitete, ist darüberhinaus auch, daß die Arbeiterklasse den Kampf gegen einen ausländischen Aggressor nicht führen kann, wenn sie nicht im Kampf gegen "ihre" Bourgeoisie jene Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit erlangt, die sie zum Kampf gegen einen äußeren Feind der Revolution braucht. Ohne den konsequenten und teilweise recht erfolgreich geführten wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die austrofaschistische Herrschaft der Bourgeoisie vor dem Nazi-Einmarsch 1938 hätte an Widerstand gegen den Hitlerfaschismus nach 38 kaum gedacht werden können; so wie auch die relative Schwäche dieses Widerstandes wesentlich dadurch bestimmt war, daß vorher keine ausreichenden Erfolge im Kampf um den Sturz des Schuschnigg-Regimes erzielt werden konnten.

NEUTRALITÄT UND STAATSVERTRAG HEUTE

Der Staatsvertrag wurde nicht nur gegen die US-Imperialisten (und die anderen westlichen Imperialisten), deren Rolle unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus der des Befreiers in die der Besatzungsmacht umgeschlagen war, sondern auch gegen die österreichische Monopolbourgeoisie durchgesetzt. Ihr gegenüber trug er Zwangscharakter. Der Zwang und die Beschränkungen, die der österreichischen Politik dadurch auferlegt wurden, zielten gegen die Eingliederung Österreichs in das Bündnissystem des westlichen Imperialismus. Inzwischen hat sich die Lage vollständig verändert. Der damalige hauptsächliche Befreier Österreichs vom Hitlerfaschismus und Hauptförderer der nationalen Unabhängigkeit Österreichs, die Sowjetunion, hat sich nach dem Tode Stalins in ein imperialistisches Land verwandelt. Sie stellt heute die Hauptbedrohung für die nationale Unabhängigkeit Österreichs dar. Im Staatsvertrag enthaltene Einschränkungen der Souveränität Österreichs, die damals im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes lagen, sind deswegen heute den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes entgegengesetzt. Sie werden jedenfalls von der sozialimperialistischen Supermacht ausgenützt, um gegen die nationale Unabhängigkeit Österreichs zu arbeiten. Man braucht nur an die Frage der Luftabwehr- und Panzerabwehrraketen denken. Kossygin erklärte dazu einmal: Österreich brauche keine Raketen (das heißt, keine wirksame Luft- und Panzerabwehr, denn darum gehe es ja, nicht um Offensivraketen mit irgendeiner bedeutenderen Reichweite), da ja die Sowjetunion entsprechend dem Staatsvertrag die österreichische Neutralität schütze.

Gerade wenn auf die Raketenfrage die Sprache kommt, hebt meistens – z.B. seitens Kreiskys – ein großes Geschrei an, man dürfe von einer Revision des Staatsvertrages nicht einmal sprechen. Doch das ist gar nicht die Frage. Das ist nur ein Manöver, die Sache zu verdunkeln und die eigene reaktionäre Politik zu rechtfertigen. Der Staatsvertrag ist ein historisches Dokument. Wie er 1955 im Interesse der Arbeiterklasse war, so kann die Arbeiterklasse heute immer noch einige seiner Bestimmungen nutzen als Reserve des Klassenkampfes (z.B. den Artikel 7). Jedoch haben sich die Verhältnisse geändert. Es ist ganz richtig, den Staatsvertrag für den Klassenkampf zu nutzen, wo dies geht, sich jedoch nicht durch ihn die Hände binden zu lassen, wo dies der Fall sein könnte. Das ist im Sinn derjenigen Sowjetunion, die damals auf den Staatsvertrag drängte, wie auch im Interesse des österreichischen Volkes. Es ist gegen die Interessen des Imperialismus, der damals das Zustandekommen des Staatsvertrages zu sabotieren trachtete, und der heute – in Gestalt des Sozialimperialismus – den Staatsvertrag als Druck- und Erpressungsmittel nutzen will. Notwendig ist nicht eine Revision des Staatsvertrags, sondern eine solche praktische Politik, die sich gegen jede Einschränkung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs richtet.

Je stärker der Sozialimperialismus wird und je aggressiver er auftritt, desto notwendiger wird eine solche Politik. Jedoch desto mehr rutscht die österreichische Monopolbourgeoisie vor ihm auf den Knien. Gerade bei den kommenden Staatsvertragsfeiern wird man das wieder deutlich sehen: Es wird viel Lob über die Rolle der damaligen, aber keine Kritik an der heutigen Sowjetunion geben. Im Gegenteil wird ihr Wille zu Frieden und "Entspannung" – trotz aller "Probleme" – bescheinigt werden. Das zeigt, daß **die Arbeiterklasse den Kampf um die nationale Unabhängigkeit führen muß. Als integralen Bestandteil ihres gesamten Klassenkampfes. Nur durch den selbständigen Kampf der Arbeiterklasse, einschließlich ihrer Vorbereitung auf die selbständige Verteidigung des Landes gegen eine russische Aggression, kann die Unabhängigkeit gesichert werden.**

Gegenüber den amerikanischen neokolonialen Plänen war die Proklamation der Neutralität, d.h. Bündnisfreiheit, ebenfalls ein Fortschritt. Es ist nicht bekannt, daß die Neutralität die österreichische Monopolbourgeoisie später nicht daran hinderte, an der Seite des US-Imperialismus eine reaktionäre Politik zu verfolgen. Ebensowenig wie es sie heute daran hindert, z.B. die Aggressionen der Sozialimperisten gegen die Völker der Welt zu verharmlosen, zu vertuschen, zu decken und Österreich selbst in immer größere Abhängigkeit von Moskau zu bringen (z.B. auf dem Energiesektor). Die österreichische Arbeiterklasse kann auch die Neutralität als Reserve des Kampfes ausnutzen. Aber es geht um mehr. Es geht darum, die österreichische Außenpolitik den Prinzipien der Blockfreiheit entsprechend zu gestalten. Die Blockfreienbewegung ist eine Bewegung der Dritten Welt. Ein imperialistisches Land wie Österreich kann dort nicht Mitglied sein. Die Blockfreien selbst vertreten diese Auffassung. Jedoch ist Österreich Beobachter bei den Blockfreien und das ist günstig im Sinne des Zusammenschlusses mit der Dritten Welt gegen den Hegemonismus.

DER WEG ZUM STAATSVERTRAG

In seiner endgültigen Fassung wurde der Staatsvertrag am 15. tigten der vier Alliierten (UdSSR, Großbritanien, USA, Frankreich) und einem österreichischen Bevollmächtigten unterschreiben. Er enthält unter anderem politische und territoriale Bestimmungen (inkl. Art. 7), ein Verbot von Spezialwaffen, militärische und Luftfahrtsbestimmungen, legt das Zurückziehen der Alliierten Streitkräfte und aus dem Krieg herrührende Ansprüche fest, regelt die Frage des Deutschen Eigentums, behandelt die Regelung von Streitfällen.

Die direkte Vorgeschichte des Staatsvertrages begann mit einem britischen Memorandum (Denkschrift) im Frühjahr 1943. Es unterschied nach dem Sieg über Hitlerdeutschland vier Varianten, wie die Österreichfrage gelöst werden könne: Osterreich bei Deutschland zu lassen oder mit Süddeutschland in einen Bund zusammenzuschließen, wurde wegen der beabsichtigten Schwächung Deutschlands ausgeschieden. Österreichs Unabhängigkeit als eventuelle Vorstufe für möglich gehalten für die "beste" Lösung: Österreich wird Teil einer mittel- oder osteuropäischen Konföderation (mit Polen, der ČSR und Ungarn). Solche Pläne hatte das britische Monopolkapital schon nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erwogen.

Im September 1943 hielt es der US-amerikanische Präsident Roosevelt noch für ausgemacht, daß Österreich mit Ungarn und Kroatien unter sowjetisches Protektorat komme, da die USA sich auf die Beherrschung des Pazifiks konzentrieren wollten und Großbritannien sich mit dem Einfluß auf West- und Südwesteuropa begnügen müsse und sich um Afrika kümmern werde.

Österreich müsse (wieder) ein unabhängiger Staat werden, hatte als einziger Genosse Stalin geäußert, bereits Ende 1941, zum britischen Außenminister Eden.

Im Oktober 1943 begann die Außenministerkonferenz von Moskau. Ergebnis nach ausführlichen Verhandlungen über Deutschland, war eine Österreich betreffende Erklärung: "...Sie wünschen, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen..." Doch wird auch darauf Bedacht zu nehmen sein, "Wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird ..." Dieser Erklärung schloß sich das Französische Komitee für Nationale Befreiung unter De Gaulle Mitte November an. Der korrekte Standpunkt der Sowjetunion, die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse und des Volkes, besonders des antifaschistischen Widerstandes, anzuerkennen und zu unterstützen, hatte sich durchgesetzt.

Bis Sommer 1945 war die endgültige Zoneneinteilung Österreichs festgelegt und durchgeführt. Doch wurde die in der sowjetischen Besatzungszone tätige provisorische Regierung Renner, an der sich ÖVP, SPÖ und KPÖ beteiligten, erst gegen Ende Oktober 1945 von den 3 westlichen Alliierten anerkannt, die es mit irgendeiner Selbständigkeit Österreichs damals überhaupt nicht eilig hatten.

Die Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag selbst begannen mit einem US-Vorschlag: Es sollte kein Friedensvertrag werden, da gegen Österreich kein Krieg geführt worden war.

Im Juli 1946 legte Genosse Molotov einen Resolutionsentwurf vor, der in Paris verhandelt wurde

Im März 1947 verhandelten die vier Außenminister wieder in Moskau. Zu Österreich gab es Verhandlungen über die jugoslawischen territorialen Forderungen (Gebiete der nationalen Minderheiten in Österreich) und über das Deutsche Eigentum. Bereits auf der Potsdamer Konferenz hatte Genosse Stalin im Juli 1945 auf Reparations-(Wiedergutmachungs-)forderungen an Österreich verzichtet. Die Alliierten hatten sich damals geeinigt, daß jede Besatzungsmacht in ihrer Zone mit dem Deutschen Eigentum selbständig verfahren werde. Zu Sommerbeginn 1946 war im sowjetischen Sektor das gesamte Deutsche Eigentum beschlagnahmt (ca. 150 Betriebe). Gleichzeitig beschloß das österreichische Parlament die Verstaatlichung des Deutschen Eigentums, um es der Sowjetunion zu entziehen. Dieser Beschluß betraf u.a. Betriebe wie die DDSG, Zistersdorfer Öl, Alpine Montan, AEG, Siemens, Elin. In der sowjetischen Zone wurde der Beschluß nicht durchgeführt. An einer Wiedergutmachung der ungeheuren Kriegsschäden, die der deutsche Überfall auf die Sowjetunion verursacht hatte, soweit er sich überhaupt von Deutschland wiedergutmachen ließ, hatten die westlichen Alliierten kein Interesse.

Im Jahr 1947 ringen sich österreichische Politiker zu einer Anerkennung der sowjetischen Ansprüche auf Deutsches Eigentum durch Renner (SPÖ) und Gruber (ÖVP), die westlichen Alliierten bleiben aber auf dem neuen US-Kurs hart. Die stagnierenden Staatsvertragsverhandlungen wurden durch einen französischen Vorschlag, der möglicherweise von österreichischen Vorstellungen angeregt wurde, wieder in Gang gebracht. Vom Deutschen Eigentum in Österreich sollte die DDSG und Zistersdorf in sowjetischem Besitz verbleiben, der Rest in bar abgelöst werden. Die Sowjetunion stand den Verstaatlichungsplänen der österreichischen Bourgeoisie weiterhin ablehnend gegenüber.

Es ging bei dem Deutschen Eigentum um berechtigte Ansprüche der Sowjetunion. Ende 1947 spitzten sich die Widersprüche zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion bei den Verhandlungen über Deutschland auf der Londoner Außenministerkonferenz zu.

Im Jahr 1948 setzte sich diese Entwicklung durch die Ereignisse in der ČSR fort: Die KPČ hatte, ohne Anwesenheit sowjetischer Truppen, die Macht ergriffen. Das sprach für die Imperialisten gegen einen Abzug der westlichen Truppen aus Österreich.

1949 läßt die Sowjetunion de facto die Unterstützung der jugoslawischen Ansprüche fallen (der Artikel 7 kann formuliert werden in seiner heutigen Fassung), die Westmächte machen beim Deutschen Eigentum Konzessionen, auf das sie in ihren Zonen verzichten. Trotz Blockierung der Verhandlungen durch den US-Generalstab ist Präsident Truman zu Vertragasabschluß bereit, als die erste sowjetische Atombombe die Steigerung des sowjetischen Konflikts mit Jugoslawien, die Entstehung von BRD und DDR, und schließlich die Eroberung Beijings durch die Volksbefreiungsarmee (VBA) und die Gründung der VR China die Weltlage entscheidend veränderten. Die NATO wird aufgebaut. Nur noch Großbritannien drängt schnell auf einen Vertragsabschluß, da seine Positionen zusehends schwächer werden. Der österreichische Aussenminister Gruber entwirft sogar einen Protest gegen die Verzögerung durch die USA.

Nur noch 5 von 59 Artikel sind nicht endgültig geklärt. Doch durch die Verschleppung der Triest-Lösung durch die westlichen Alliierten bis 1954, durch den Ausbruch des Korea-Kriegs im Juni 1950 frieren die Gespräche über den Vertrag bis Frühjahr 1953 ein. Ein von den westlichen Alliierten vorgeschlagener Kurzvertrag, der die sofortige Räumung und den Verzicht auf Deutsches Eigentum vorsieht, ist ein offenkundiges taktisches Manöver, das zu nichts führt. Der Generalstreik vom Oktober 1950 läßt die Imperialisten noch mehr um ihren Einfluß in Österreich fürchten.

1953 beginnt der neue österreichische Bundeskanzler Raab eine "Neutralität" Österreichs frei nach Schweizer Muster zu erwägen, die man der UdSSR anbieten konnte, was von den Westmächten zuerst scharf abgelehnt wird vor allem wegen des Beispiels für Deutschland. Schließlich wird die BRD in das westliche Militärbündnis einbezogen und ihre Wiederaufrüstung vorbereitet.

1954 kamen die Verhandlungen wieder in Fluß. Im März 1955 verzichtet die UdSSR auf ein Junktim (Verknüpfung) zwischen österreichischem und deutschem Vertrag. Im April 1955 wird eine österreichische Delegation nach Moskau geflogen und die Weichen für den Abschluß der Verhandlungen gestellt. Die Sowjetunion reduziert ihre Ablöseforderungen für das Deutsche Eigentum (die sie später noch einmal stark reduziert). Österreich verpflichtet sich zu einem parlamentarischen Beschluß seiner immerwährenden Neutralität, der am 26.10.1955, am ersten Tag ohne Besatzungstruppen, erfolgt.)

PARISER REVISIONISTENGIPFEL SCHON GESCHEITERT

Am 28. und 29. dieses Monats sollten alle sogenannten kommunistischen Parteien zur Absprache der politischen Standpunkte zusammenkommen. Tatsächlich hätte die Konferenz, eine Nachfolgeveranstaltung der Revisionistenkonferenz 1976 in Ostberlin, der Vergatterung der Parteien auf die Aggressionslinie der sowjetischen Sozialimperialisten sein sollen.

Auch der Bund der Kommunisten Jugoslawiens war eingeladen worden. Prompt kam die Absage. "Parteien, die eine nationale Kraft darstellen und ihre eigene Politik führen", führte die Belgrader Zeitung "Nin" aus, "können nicht über die wirklichen Ursachen schweigen, die zur Krise der Entspannung und gefährlichen Verschlechterung der internationalen Lage geführt haben, auch nicht über Militärinterventionen, wie die in Kampuchea und Afghanistan". Die "Borba" wandte sich dann direkt gegen das Ziel dieser "Abrüstungsstrategiekonferenz": "Eine einseitige Verurteilung der amerikanischen Politik wäre ein Bumerang für Europa."

Ebenfalls abgesagt haben die KPs Italiens und Spaniens; in der Vorwoche haben sich nun auch die britischen, holländischen, isländischen und die San-Marino-Partei vom Pariser Treffen abgemeldet, womit diese sozialimperialistische Aktion weitgehend zunichte gemacht sein dürfte.

AFGHANISTAN: NEUE ETAPPE DER SOWJETISCHEN AGGRESSION?

Aus verschiedenen Quellen wird berichtet, daß es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Marionettenclique von Karmal gekommen ist. Es hat eine ganze Reihe von Säuberungen gegeben. Offenbar ist es der von Moskau ausgehaltenen Clique nicht gelungen, irgendwelche Erfolge gegen die im Partisanenkampf stehenden islamischen Freiheitskämpfer Afghanistans zu erzielen. Im Gegenteil: Größere Gebiete, vor allem der Nordosten des Landes und die Provinz Khunar, befinden sich unter Kontrolle der Freiheitskämpfer. Dort sind 10 sowjetische Offiziere getötet und 400 Karmal-Soldaten gefangen worden. In der Provinz Badakshan wurden in drei Monaten insgesamt mehr als 600 sowjetische Soldaten ausser Gefecht gesetzt. Wie Sprecher der Befreiungsorganisationen bekanntgaben, plane die Sowjetunion weitere Truppenkontingente nach Afghanistan zu schicken, um mit der systematischen Besetzung des Landes beginnen zu können. Ihre derzeitige Stärke reicht nicht einmal aus, die wichtigsten Städte und Straßen dauerhaft zu kontrollieren; über die ländliche Bevölkerung hat der Besatzer keine Macht. Zur Zeit versucht er, ebenfalls erfolglos die Gebeite Kama, Dewagal und Barikot "von Rebellen zu säubern".

PAKISTAN SCHICKT HANOIER BOTSCHAFTER NACH HAUSE

Im Auftrag der Sowjetunion betreibt Vietnam eine regionalhegemonistische Politik. Nach der Kolonisierung von Laos und dem Überfall auf Kampuchea sowie den Grenzprovokationen gegen die Volksrepublik China hat Vietnam sich nun in eine pakistanisch-indische Streitfrage eingemischt und offen für den indischen Standpunkt Partei ergriffen. Pham Van Dong behauptete, Kaschmir sei ein "untrennbarer Bestandteil Indiens". Tatsächlich beansprucht Pakistan Kaschmir, das heute teils von Pakistan, teils von Indien verwaltet wird. Die sowjetische Armeezeitung "Roter Stern" behauptete am 11.4. Pakistan wolle das Gebiet, um leichter eine Nachschublinie für die afghanischen "Rebellen" aus der VR China nach Afghanistan aufbauen zu können. Es ist die alte Methode, "Haltet den Dieb" zu schreien. Tatsächlich ist es die Sowjetunion, die Afghanistan überfallen hat und Pakistan bedroht. Zu diesem Zweck versucht sie den indischen Großmachtchauvinismus anzuheizen und setzt Hanoi als Trommler ein. Der hat jetzt die gebührende Antwort erhalten: Die pakistanische Regierung hat beschlossen, ihre Botschaft in Hanoi zu schließen.

IRAN: SUPERMÄCHTE BEISSEN AUF GRANIT

Der großartige und herzliche Empfang, den die iranischen Massen den aus den USA heimkehrenden Diplomaten bereiteten und der die Entschlossenheit dokumentierte, sich durch den Druck nicht kleinkriegen zu lassen – das ist die eine Seite; die zornige Unzufriedenheit der amerikanischen Regierung, der die westlichen Verbündeten nicht folgen wollen, aber auch die regelmässigen Körbe Irans für das Moskauer Liebeswerben – das ist die andere Seite. Die politische Lage nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Iran durch die Carter-Regierung zeigt deutlich, wer die Initiative in der Hand hat.



Trotz massiver Bedrohung durch die Supermächte (im Bild oben ein amerikanischer B 52-Bomber) geht d[illegible] Iran den Weg der Unabhängigkeit. Demonstration zur Unterstützung der revolutionären Regierung in Teheran.



Wenn hierzulande die bürgerlichen Massenmedien entrüstet tun, daß die Geiselaffäre mit ihrer angeblichen Menschenrechtsverletzung beinahe schon ein halbes Jahr daure, dann offenbar zu dem Zweck, vergessen zu machen, daß die Ursache dafür nach wie vor nicht beseitigt ist. Der Schah hat die iranischen Völker nicht ein halbes Jahr, sondern jahrzehntelang blutig unterdrückt und der internationalen imperialistischen Ausbeutung preisgegeben. Für seine Verbrechen soll er zur Verantwortung gezogen werden, das ist eine klare und eindeutige Forderung, der sich die amerikanische Regierung nicht beugen will. Mehr noch, der sie sich dadurch zu entziehen versucht, daß der Schah zuerst nach Panama, dann nach Ägypten abgeschoben wurde, nicht ohne Billigung und Wunsch der USA. Das die in der amerikanischen Botschaft in Teheran festgehaltenen Amerikaner, die in der Vorwoche wiederum vom Roten Kreuz besucht werden konnten und gut behandelt werden, sich nicht im Gewahrsam der iranischen Regierung, sondern eines Kommandos befinden, über das die Regierung nicht einfach verfügen kann, erleichtert zwar die Arbeit der Regierung Bani Sadrs nicht gerade, ändert aber in keiner Weise etwas an der gerechten Forderung nach Auslieferung des Schah, um ihm den Prozeß zu machen.

DIE SCHRITTE DER USA SIND EIN BUMERANG

Mit dem Sperren iranischer Konten in den Vereinigten Staaten hat die Carter-Regierung vor fünf Monaten ihren wirtschaftlich-diplomatischen Druck auf die iranische Regierung eingeleitet. Mit dem Importstop für iranisches Erdöl wurde er fortgesetzt; nun ist ein vollständiges Wirtschaftsembargo verhängt worden. Begleitmusik waren diplomatische Aktionen, Erklärungen über die "Verletzung der Menschenrechte" und das Auffahren amerikanischer Kriegsschiffe vor den iranischen Gewässern. Der amerikanische Boykott des Iran allein wird keinen großen Schaden verursachen, denn die iranische Regierung hat erfolgreich einen Kurs des Abbaus der einseitigen Wirtschaftsverbindungen an die USA betrieben. Kein Wunder also, daß Carter seine Alliierten und sogar andere, nichtpaktgebundene europäische Staaten aufforderte, Solidarität mit der Supermacht zu üben und sich dem Embargo anzuschließen. Aber die Sache ging weitgehend schief. Zwar haben die westeuropäischen Imperialisten selbst ehrgeizige Pläne, an der Plünderung iranischer Bodenschätze und der Ausbeutung der Volksmassen teilzunehmen, doch reicht ihr Arm nicht so weit wie der Washingtons. Sie haben sich vorsichtig vom Schah abgesetzt und wollen die Hypothek nicht gemeinsam mit den USA tragen. Denn bei der Konkurrenz hört sich die Solidarität auf. Außerdem sind die westeuropäischen Staaten in weit höherem Maß auf den Import iranischen Erdöls angewiesen. Es gab daher im grossen und ganzen nur verbale Proteste und "Bedauern des Geiselproblems", aber keine Embargobeschlüsse. Die EG-Staaten wollen jetzt zwar "diplomatische Anfragen" an die iranische Regierung richten, "wann die Geiseln freigelassen würden", behalten sich aber weitere Schritte einstweilen nur vor. Auch die österrreichische Regierung hat auf das amerikanische Ansinnen, sich deren Maßnahmen anzuschließen, relativ scharf und negativ geantwortet. Die ganze Sache führt nicht zum Zusammengehen der USA und des westlichen Europa, sondern zeigt, daß die USA nicht mehr bestimmen kann, was in Europa geschieht. Die USA haben eine weitere Niederlage einstecken müssen, Europa hat sich in gewisser Weise – wenn auch mit dem üblichen imperialistischen Gerede, – für den Iran entschieden. Nicht zuletzt ist das auch auf das offensive Auftreten von Bani Sadr zurückzuführen, der die europäischen Botschafter zu sich zitierte und ihnen darlegte, daß es keine Alternative gibt und daß ein Einschwenken auf die amerikanische Politik nur Nachteile brächte.

DIE SOWJETISCHE BEDROHUNG IST ÄUSSERST ERNST

Der Iran hat seit dem Sturz des Schah-Regimes stets klargestellt, daß er den Weg der Unabhängigkeit von beiden Supermächten gehen will. Als die Sozialimperialisten iranisches Erdgas weit unter dem Weltmarktpreis erwerben wollten, um es teuer weiterzuverkaufen (der Schah hatte solche Geschäfte gemacht), lehnte die iranische Regierung ab. Das Projekt einer großen Pipeline in die Sowjetunion wurde fallengelassen. In der Folge hat auch der größte Teil der vom Schah ins Land geholten sowjetischen Experten den Iran wieder verlassen.

In dem Maß, in dem die USA ihren Druck auf den Iran verschärften, versuchen die Kremlzaren sich nun wiederum als "Freunde" anzubieten. Die Grenzstadt Astara wurde als handels- und Transitbasis ausgebaut, und die sowjetischen Medien prahlen damit, daß vielleicht bald der einzige Verbindungsweg von Europa in den Iran über sowjetische Straßen, Eisenbahnlinien und den Seeweg gehen könnte. Amerikas Sanktionen werden von der Nachrichtenagentur TASS als "Herausforderung aller Völker des Nahen Ostens und der ganzen islamischen Welt" bezeichnet. Wie heuchlerisch! Hat doch die Sowjetunion vor wenigen Monaten das islamische Afghanistan überfallen. Sind es doch die Sozialimperialisten, die Truppen an der Nordgrenze des Iran zusammengezogen haben und die erst in der Vorwoche 400 Mann Infantrie auf Kriegsschiffen in den Indischen Ozean entsendeten.

Besonders bedrohlich scheint sich auch der Konflikt des Iran mit dem Nachbarstaat Irak zu entwickeln. Ungelöste Grenzprobleme und die Flucht von etwa 20.000 meist schiitischen Iranern und Irakis in den Iran sind nur der unmittelbare Anlaß der Auseinandersetzung. Jahrelang war der Irak von der Sowjetunion "unterstützt" und aufgerüstet worden. Nie allerdings war es ihr gelungen, diesen Staat wirklich unterzukriegen, im Gegenteil, der Irak hat in den letzten Jahren die Beziehungen mit der Sowjetunion sehr eingeschränkt und gegen Moskauer Agenten hart durchgegriffen. Nun hat die Sowjetunion verbal Partei für den Iran ergriffen und spielt sich als Schutzmacht auf. Der iranische Botschafter in Moskau, Mokri, erteilte diesen Ambitionen die gebührende Antwort: Die UdSSR solle ihre Waffenlieferungen an den Irak einstellen, die nach wie vor andauern. Mokri sagte auch, diese zweite Front nach der Konfrontation mit den USA sei nur im Sinne der USA, als Entlastung. Allerdings ist sie auch im Interesse der Sowjetunion, die dadurch vielleicht die Möglichkeit bekommen könnte, sich direkt einzumischen. Mit der Einleitung einer Landreform, die Zehntausenden Iranern Grund und Boden geben wird, hat die Regierung des Iran ihre Basis gestärkt und es damit den revisionistischen Kräften erschwert, das Volk zu spalten und eine prosozialimperialistische Bewegung aufzubauen. Auch der Beschluß, die imperialistische Propagandaolympiade in Moskau zu boykottieren, zeigt die entschlossene antihegemonistische Politik des Iran.

Westeuropa und der Iran

"Hart zu Iran, weich zu Moskau", betitelt treffend der "Presse"-Korrespondent Bohle seinen Artikel, um Stimmung zu machen für eine "Solidarität" der westeuropäischen Staaten mit den immer schärferen Aktionen gegen den Iran und gleichzeitig Carter vorzuwerfen, er hätte keine "zweite Front", gemeint ist der Olympiaboykott gegenüber Moskau, eröffnen sollen. "Angebracht wäre gewesen, den Übergriff auf das blockfreie, islamische Afghanistan nachhaltig zu verurteilen, um darauf zu einem günstigeren Zeitpunkt zurückkommen zu können. Zur Parallelstrategie gehören ebenso: die Sowjetunion, um den Rücken frei zu haben, nicht unnötig herauszufordern, SAL 2 zu ratifizieren..." Denn an den sowjetischen Positionen in Afghanistan "läßt sich freilich nichts mehr rütteln".

Das ist die unverblümte Propaganda, mit den Supermächten gegen die Dritte Welt zu ziehen, konkret mit den USA gegen den Iran. Ein schlechter Rat an die Westeuropäer. Es würde erstens natürlich zu einer gewissen Schwächung der Dritten Welt führen, die ja die Hauptkraft gegen den Hegemonismus und gegen den Krieg ist. Es würde zweitens zu einer verstärkten Abhängigkeit Westeuropas von den USA führen. Es würde drittens dazu führen, daß die Sozialimperialisten mehr Spielraum und Vorteile hätten. Sie könnten sich leichter als Schutzherren der Dritten Welt aufspielen, sie könnten von Kampf zwischen USA und Europa gegen den Iran nur profitieren.

Umgekehrt läuft die Sache in Wirklichkeit. Westeuropa ist nicht bereit, für die USA die Dreckarbeit bei der Unterwerfung eines Landes der Dritten Welt zu leisten. Es setzt lieber die Allianz mit den USA einer Belastungsprobe aus. Es wird auch alles unternehmen, um die USA von einem militärischen Eingreifen zurückzuhalten. Das stärkt die Unabhängigkeit Westeuropas von den USA und ist gut auch für die Dritte Welt, deren Teil der Iran ist. Und schlecht für den Sozialimperialismus.

Man sieht, die Haltung in der Iranfrage und in der Boykottfrage gehören eng zusammen. Die Scheidelinie ist in beiden Fällen, ob man für den heutigen Hauptkriegstreiber arbeitet oder gegen ihn und für das Bündnis zwischen Zweiter und Dritter Welt. Daß die westeuropäischen Staaten in der Iranfrage am letzen Bündnis festhalten, ist ein wichtiger Beitrag für den revolutionären Fortschritt in der Welt, auch wenn die Imperialistenführer im Westen das weder wissen noch wollen.

Boykottiert die Moskauer Olympiade!

Völlig absurd ist der Standpunkt Weghofers, die politische Neutralität Österreichs spreche gegen einen Boykott. Im Gegenteil muß jeder, der diese Spiele nicht zu einer heuchlerischen Propagandaveranstaltung des heutigen Hauptkriegstreibers und Völkermörders, der UdSSR, gemacht haben will, gegen die Moskauer Olympiade entscheiden.

Zwei andere Dinge stecken, außer der Beschwichtigungshaltung gegenüber der Sowjetunion, hinter der Befürworterhaltung gerade in vielen Sportverbänden. Das eine ist der wirtschaftliche Druck der Sozialimperialisten, die durch zwei auf der Hannoveraner Industriemesse vertrene Sowjetfunktionäre wissen ließ, daß im Fall eines BRD-Boykotts der Spiele der "Gashahn zugedreht werden könnte". Das gilt wohl auch für Österreich. Die zweite Sache sind die sportlichen Kontakte zur Sowjetunion. Es gibt zahlreiche Austauschabkommen zwischen österreichischen und sowjetischen Sportverbänden, einige Sportsparten sind übersät mit sowjetischen Legionären und Sportmissionaren, die nun alle die Trommel für Moskau rühren.

Es gilt daher, die noch verbleibende Zeit zu nützen, die Stimme gegen Olympia in der UdSSR zu erheben und auch Druck auf die Sportverbände auszuüben. Auch für jeden einzelnen Sportler, der sich bereits qualifiziert hat, steht die Frage, ob er sich als Schachfigur der sozialimperialistischen Propaganda mißbrauchen und mit Hoffnungen auf Medaillen ködern lassen oder ob er dem frechen Druck der Neuen Zaren Widerstand leisten und absagen soll. Je mehr Menschen und auch Sportverbände ihre warnende Stimme erheben, desto weniger werden sich die prosowjetischen Kräfte im ÖOC durchsetzen können. Je mehr diese Sache öffentlich debattiert wird, desto weniger können sich auch die politischen Parteien heraushalten, desto besser sind auch die Chancen, von der Regierung einen Olympiaboykott oder zumindest eine Empfehlung dazu zu erzwingen.

Nach dem Boykottbeschluß des amerikanischen Olympischen Komitees sind nun die Aussichten besser geworden, daß sich auch einige der westeuropäischen Komitees - nach Beschluß oder Empfehlung ihrer Regierungen - gegen die sozialimperialistischen Propagandafestspiele entscheiden.

Das österreichische Olympische Komitee hatte bisher immer betont, es wolle nach Moskau. ÖOC-Präsident Heller hat das in der vergangenen Woche erneut betont. Andererseits will das ÖOC internationale Gespräche von Sportverbänden in Lausanne abwarten und erst Mitte Mai, also unmittelbar vor Ende der Anmeldefrist, eine Entscheidung fällen. ÖOC-Vizepräsident Weghofer spielt die "Interessen österreichischer Spitzensportler" gegen "politische Überlegungen" aus und versteig sich zur Behauptung; "Im übrigen kenne ich momentan niemanden, der für einen Boykott offen eintritt".

Von den bürgerlichen Parteien tut das tatsächlich keine. Während sich Kreisky sehr eindeutig für eine Teilnahme ausgesprochen hat, die Entscheidung aber ganz dem Komitee überläßt, will die ÖVP versuchen, eine gemeinsame Sprache im außenpolitischen Rat zu finden, als "Entscheidungshilfe für das ÖOC", wie sich Mock ausdrückte.

SONDERBOTSCHAFTER MOSKAUS

So könnte man Herrn Dr. Bruno Kreisky nennen, wüßte man nicht, daß er bereits österreichischer Bundeskanzler ist. Oder versucht er vielleicht beides zu sein? Den Eindruck muß man jedenfalls gewinnen, wenn man sich seine Reden der vergangenen Woche angehört hat.

Angefangen hat es bei der Einladung der Außenminister der vier Unterzeichnerstaaten des österreichischen Staatsvertrags für den 15.Mai nach Wien. Der sowjetische Außenminister Gromyko ließ den Bundeskanzler wissen, daß er am 15.5. nicht kommen könne. Er habe Wichtigeres zu tun. Was? Er muß an einer Jubiläumsfeier des Warschauer Pakts in Polen teilnehmen. Jenes Pakts, mit dessen Einsatz die Sozialimperialisten Westeuropa zu überrennen versuchen werden. Aber einen Tag später sei es Gromyko dann genehm, dann wolle er gerne in Wien die friedliebende Sowjetunion vertreten. Der Bundeskanzler beeilte sich die große Feier auf den 16.Mai zu verlegen....

Fall zwei: der Olympiaboykott. Hier wiederholte der Bundeskanzler, mit dem Weitblick des grossen Staatsmannes die heftigen Reaktionen der sowjetischen und sonstigen revisionistischen Medien beiseiteschiebend, er sei "persönlich der Meinung, daß eine derartige Maßnahme nicht die gewünschte Wirkung erbringen könnte", weshalb er auch gegen einen österreichischen Boykott sei. Hier ist der Bundeskanzler noch um eine Spur linientreuer als die "Pravda", die immerhin einen Ausschlußantrag gegen das amerikanische olympische Komitee ankündigte.

Im dritten Fall setzt sich der Bundeskanzler für das in den letzten Tagen unter besonderen Beschuß gekommene Regime von Fidel Castro ein. Zu den Versuchen Havannas, für ihren Kolonialherrn, die Sowjetunion, an der diplomatischen Front des Afghanistankriegs zu streiten, hatte der Bundeskanzler einiges zu sagen. Erstens bezeichnete er die sogenannten Vermittlungsversuche Castros als "zumindest erfolgversprechender als die Bemühungen der EG, Afghanistan zu neutralisieren". Zweitens behauptete er, die ganze Angelegenheit sei eine Sache der Blockfreien, die diese unter sich ausmachen soll, ein Konflikt "zwischen Afghanistan und Pakistan", für dessen Schlichtung sich natürlich gerade der "derzeitige, Führer", Castro, besonders eigne. Und doch spricht Kreisky hier nicht, wie man vielleicht meinen könnte, als der Botschafter jenes Landes, das den Krieg gegen Afghanistan führt, sondern als österreichischer Bundeskanzler. Ebenso im Fall Nummer vier.

"Ich bin der Meinung, wenn man eine Einladung bekommt, hat eine Ablehnung wenig Sinn", erklärte Kreisky zu der in der Bundesrepublik Deutschland heftig umstrittenen Frage, ob Kanzler Schmidt nach Moskau fahren solle oder nicht. Einen besseren Wortführer als Helmut Schmidt könne der Westen kaum haben. Schmeichelei für seinen Beschwichtigungskollegen, oder ist dem Bundeskanzler die Wahrheit herausgerutscht? Kann der Bundeskanzler vielleicht deshalb die Aufgabe eines Wortführers des Westens nicht spielen, weil er in seiner Heimat bereits der Sprecher eines anderen, ungenannten fernen großen und friedliebenden Landes ist?

Kreiskys Jugoslawienbesuch



Die jugoslawische Verhandlungsdelegation mit Ministerpräsident Duranović an der Spitze.

In den österreichischen Zeitungen konnte man fast gar nichts über den am 10. April zu Ende gegangenen Kreisky-Besuch in Jugoslawien lesen. Tatsächlich hatte dieser offizielle Staatsbesuch, der erste eines österreichischen Bundeskanzlers seit fünfzehn Jahren, große internationale und bilaterale Bedeutung.

Ministerpräsident Duranović in seiner Grußansprache zur Übereinstimmung der Standpunkte: "Jeder Staat soll sein Schicksal selbst entscheiden." Insbesondere wurde betont, daß es ohne PLO keine Lösung des Nahostproblems geben könne. Die Politik der Gewalt und der Interessenssphären und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gefährde deren Unabhängigkeit und Freiheit und sei für die "Verschärfung der internationalen Lage ver antwortlich.

Einen wichtigen Tagesordnungspunkt bildeten gemeinsame österreichisch-jugoslawische Projekte in Drittländern, vor allem in der Dritten Welt (China, Algerien, Kamerun, Irak).

Bei den bilateralen Fragen nahmen die Minderheitenprobleme den größten Raum ein. Sicherlich gut ist dabei, daß Kreisky die Erklärung abgeben mußte, Österreich werde "alles tun, um den Bestand und die erfolgreiche Entwicklung der slowenischen und kroatischen Minderheit in der Tat die Schätzung ihrer Sprache und nationalen Besonderheiten, der allseitigen Entwicklung ihres kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu gewährleisten." (Kommuniqué)

Die jugoslawische Seite erläuterte dazu, sie werde genau prüfen, wie dieses Versprechen gesetzlich und in der Praxis erfüllt würde . Man wolle vergleichen, wie die Rechte und die Lage der Nationalitäten in Jugoslawien selbst und der Minderheiten in Österreich seien.

Außerdem wurde über den einstigen österreichisch-jugoslawischen Staatsvertrag von 1923 gesprochen. Überfällig ist die Rückgabe von Archiven an Jugoslawien. Vereinbart wurde auch das gemeinsame Wintersportprojekt "Interalpzentrum Peca/Petzen".

Sozialimperialisten greifen nach Argentinien

Nicht wenig Verwunderung hat die Tatsache ausgelöst, daß die Andenpaktstaaten und andere Länder Südamerikas außer kritischen Reden zum Problem der, in die peruanische Botschaft geflüchteten 10.000 Kubaner nichts zu sagen und noch weniger zu tun hatten. Der Grund dafür liegt unter anderem im wachsenden Einfluß der Sozialimperialisten, der vor allem über wirtschaftliche Verbindungen läuft. Die jahrzehntelange Ausplünderung der südamerikanischen Staaten durch die USA versuchen die Neuen Zaren zu nützen, um sich an deren Stelle unter Vorspiegelung von "Freundschaft" einzunisten. Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Argentinien.

Als in Argentinien die Militärjunta General Videlas die Macht übernahm, gab es praktisch keinerlei Kritik seitens des Sozialimperialismus. Die Revisionistenpresse, sonst recht wortgewaltig gegen amerikanische Umtriebe schreiend, blieb ruhig, als Videla die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung unterdrücken ließ. Freilich wurde eine Ausnahme gemacht. Die revisionistische Partei zog sich zurück und blieb unbehelligt.

Das geht bereits auf die Politik der argentinischen Präsidenten Cámpara und Perón zurück, die die Wirtschaftskontakte intensivierten. Im Vorjahr tauschten die beiden Staaten Militärdelegationen aus. Als die USA ein Getreideembargo gegen die Sowjetunion beschloß, sprang Argentinien mit Lieferungen ein.

Im April dieses Jahres wurde eine gemischte argentinisch-sowjetische Wirtschaftskommission gebildet, die den Ausbau von Handel und technischer Zusammenarbeit vorantreiben soll.

Im Vorjahr war zum ersten Mal eine Delegation der sowjetischen Atomenergiekommission in Argentinien. Bisher hatte es eine enge Zusammenarbeit zwischen Argentinien und den EG-Staaten sowie der Schweiz gegeben; gemeinsam wurden Atomkraftwerke errichtet und geplant. Seit die EG-Staaten den sogenannten "Nichtweiterverbreitungsvertrag" bezüglich der Plutoniumbrennstoffe unterzeichneten, sind die Beziehungen mit dem südamerikanischen Land verringert worden. Hier versucht die Sowjetunion nun einzuhaken. Die jüngsten Gespräche über eine nukleare Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bezeichnete ein Regierungsvertreter Argentiniens als "fruchtbar und positiv".

So bauen die Neuen Zaren in aller Stille und gestützt auf das faschistische Videla-Regime ihre sozialimperialistischen Kontakte zur Plünderung und Unterwerfung Argentiniens aus.

SPÖ-Fischers soziales Kuba...

"Den zehntausenden Kuba-Emigranten stehen ebensoviele gegenüber, die aus Chile, Argentinien, Urugay und anderen Ländern Lateinamerikas Zuflucht auf der Karibikinsel gefunden haben." Und: "Auf der Ebene des Bildungssystems, des Gesundheits- und Sozialwesens und der Behebung des Massenelends steht Kuba turmhoch über vielen vergleichbaren lateinamerikanischen Staaten."

Diese Zitate stammen nicht etwa aus der "Volksstimme" der KPÖ, sondern aus dem Munde des vor kurzem in Kuba auf Besuch gewesenen SPÖ-Klubobmann Fischer.

Das hat nur den Zweck, so zu tun, als ob es einem als russische Kolonie bestens geht. Die Lage der Massen allerdings straft die Fischer-Reden Lügen.

Kuba wird von der Sowjetunion nach wie vor als Zuckerlieferant behandelt, die Monokultur wird nicht beseitigt, sondern sogar ausgebaut. Damit Kuba auch weiterhin Söldner für die sowjetischen Aggressions- und Kolonialkriege abstellt, zahlt die UdSSR einen um 50% über dem Weltmarktniveau liegenden Zuckerrohrpreis. Doch auch heuer wird die Ernte nicht entsprechend sein. Da sich Kuba verpflichtet hat, auf dem freien Weltmarkt 2,5 Mio. Tonnen anzubieten, hat es nicht genug für die UdSSR zu produzieren sein. 1979 wurde das Planziel von 8,5 Mio. Jahrestonnen schon nicht erreicht (7,9 Mio t), heuer werden nicht einmal 7 Mio. t geerntet werden.

Das Castro-Regime gibt "menschlichen und tierischen Schädlingen" die Schuld. 3000 Funktionäre der unteren und mittleren Ebene wurden zu Jahresbeginn verhaftet, noch mehr ihres Amts enthoben. Doch auch das dürfte dem Regime nichts genützt haben. Die kubanischen Massen haben genug davon, im Akkord und angetrieben mit Durchhalteparolen Zucker zu produzieren, während immer weniger Menschen in der Produktion eingesetzt werden können, weil die Neuen Zaren Soldaten brauchen. Da die Unzufriedenheit damit bereits so tief ist, scheint das Regime derzeit noch zu zögern, auch nach Afghanistan kubanische Hilfstruppen für die in Bedrängnis gekommene russische Invasionsarmee zu schicken. Eine derartige Aufforderung seitens der UdSSR ist noch nicht beachtet worden.

1.MAI 1934 IN WIEN

...Und dann kam der 1.Mai, der erste in der Illegalität. Im Jahre vorher, als die große Sozialdemokratische Partei noch legal gewesen war, hatte sie sich die Maidemonstration von der Regierung verbieten lassen, und viele der Sozialisten, die wir damals noch nicht dazu bewegen konnten, dennoch zu demonstrieren, waren nun gewillt, mit uns zu marschieren.

Schon am Morgen dieses Tages flitzten Überfallautos in der ganzen Stadt herum, beladen mit karabinerbewaffneten Polizisten. Militär und Heimwehr standen bereit, die Dollfuß-Regierung hatte alles aufgeboten, Demonstrationen unmöglich zu machen. Aber auf ein Signal formierten sich die Reihen der aus den Nebenstraßen herangekommenen Demonstranten. Hinter der von dem ehemaligen Schutzbündler Paul Jäger getragenen und von einem unserer Sondertrupps geschützten roten Fahne marschierte unter dem Gesang der Internationale der etwa 500 Personen zählende Zug los. Ehe die Polizei zur Stelle war, waren wir schon auf einem anderen Platz, und viermal wiederholte sich dasselbe. Auf ähnliche Weise wurde an diesem 1.Mai in Wien in sechs Gebieten und in mehreren Städten der Provinz demonstriert.

Am Nachmittag kamen die Funktionäre unserer Kreisleitung zu einer Besprechung in der Lobau zusammen. Bei der letzten unserer Demonstrationen hatte sich mit der Polizei ein Kampf entsponnen. Die Polizei hatte die Fahne nicht bekommen, aber sechs unserer Genossen waren verhaftet worden...



Arbeitslose erster Klasse

Die haben keine Arbeit, die haben bloß Geld.
Die einzige Arbeit, die ihnen gefällt,
Ist, Scheckbücher vollzuschreiben
Und irgendwas zu vertreiben.

Denn um das Wort "Vertreiben" herum
Erschöpft sich ihr ganzes Schaffen.
Sie vertreiben Wolle, Petroleum,
Textilien, Gummi und Waffen.

Sie vertreiben sich täglich bis nachts um drei
Ihre Sorgen, die sie nicht haben.
Amüsierbetrieb und Fresserei
Sind ihre Lebensaufgaben.

Doch ihre Arbeitslosigkeit
Macht noch besondere Beschwerden:
Sie haben nämlich allzuviel Zeit.
Auch die muß vertrieben werden.

Und sie vertreiben sie Tag und Nacht.
Da gibt es gutriechende Weiber,
Kasino, Spielklub und Segeljacht
Und andere Zeitvertreiber.

Wer gab ihnen so viel Zeit und Geld,
sich lebenslang zu erholen?
Die haben ja in aller Welt
Den Proletariern gestohlen!

Drum Arbeiter, haltet euch bereit!
Das darf nicht mehr lange so bleiben!
Dann werdet ihr ihnen nicht mehr die Zeit,
Ihr werdet sie selber vertreiben!

UNTERM STRANG

Julius Fučik, tschechischer Publizist, seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Mitarbeiter der Rudé pravó, kämpfte ab 1940 im Untergrund gegen die faschistischen Besatzer. 1943 wurde er verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Gefängnis schrieb er die "Reportage, unter dem Strang geschrieben" .Sie wurde auf winzigen Zetteln von einem Gefängniswärter aus dem Kerker geschmuggelt.

Heute ist der 1. Mai 1943. Und es hat einer Aufsicht, bei dem ich schreiben kann. Ein Glück. An diesem Tag für eine Weile wieder kommunistischer Journalist sein und einen Bericht über den Maiaufmarsch der Kampfkräfte der neuen Welt schreiben...

Erwarte nicht, von wehenden Fahnen zu vernehmen. Es gab nichts Derartiges. Ich kann nicht einmal von irgendwelchen mitreißenden Taten erzählen, von denen man gern hört. Heute war alles viel schlichter. Keine heftige, explosive Welle der Zehntausende, die ich in anderen Jahren durch Prags Straßen rollen sah, nicht das prächtige Meer der Millionen, das ich den Roten Platz in Moskau überschwemmen sah. Hier konnte man nur einige Genossen und Genossinnen sehen. Und doch spürte man, daß es nichts Geringes war. Weil es eine Parade von Kräften war, die durchs heftigste Feuer geht und sich nicht in Asche, sondern in Stahl verwandelte. Eine Parade im Schützengraben während der Schlacht. Und im Schützengraben trägt man Feldgrau.

Lauter solche Kleinigkeiten machen es aus. Wer weiß, ob du es überhaupt verstehen wirst, du, der dies einmal lesen wird und das alles nicht miterlebt hat. Aber versuche, zu begreifen. Glaube mir, es ist Kraft darin.

Der Morgengruß der Nachbarzelle, die zwei Beethovenkontakte zu klopfen pflegt, war heute feierlicher, nachdrücklicher, und die Wand übertrug ihn in höheren Tönen.

Wir zogen das Beste an, was wir hatten. So geschah es in allen Zellen.

Das Frühstück nahmen wir bereits in Gala entgegen. Vor der geöffneten Zellentür defilierten die Hausarbeiter mit Brot, schwarzem Kaffee und Wasser. Genosse Skořepa reichte drei der kleinen Brotlaibe anstatt zwei. Das war sein Maigruß, der tägliche Gruß einer fürsorglichen Seele. Und unter dem Brot drückte sich ein Finger an den anderen. Sprechen darf man nicht, auch auf die Blicke wird achtgegeben - aber vermögen Stumme nicht mit den Fingern zu sprechen?

Unterm Fenster unserer Zelle betraten die Frauen zum halbstündigen Morgenrundgang den Hof. Ich kletterte auf den Tisch und blickte durchs Gitter. Vielleicht würden sie mich sehen. Sie sahen mich. Und sie erhoben die Faust zum Gruß. Ich erwiderte ihn. Im Hof ging es an diesem Tag lebendig zu, ganz anders, fröhlicher als an anderen Tagen. Die Aufseherinnen sahen nichts oder wollten nichts sehen. Und auch das gehörte in diesem Jahr zur Maiparade.

Nun unser Morgenrundgang. Ich turnte vor. Es ist 1. Mai, Jungens, wir beginnen heute anders, mögen sich die Wachen auch wundern. Erste Übung, eins, zwei, eins, zwei, Schläge mit dem Hammer. Und die zweite Übung: Sicheln. Hammer und Sichel. Bei ein wenig Phantasie würden die Genossen vielleicht verstehen. Hammer und Sichel. Ich blickte in die Runde. Sie lächelten und wiederholten mit Verve die Übungen. Sie hatten begriffen. So, Jungens, das ist unser Mailager, und diese Pantomime - das ist unser Maigelöbnis, daß wir treu bleiben, auch wenn wir vielleicht in den Tod gehen.

Zurück in die Zelle. Neun. Jetzt schlug die Uhr im Kreml zehn, und auf dem Roten Platz begann der Aufmarsch. Vater, wir gehen mit! Dort wird jetzt die Internationale gesungen, jetzt ertönt die Internationale in der ganzen Welt, sie soll auch aus unserer Zelle erklingen. Wir sangen. Und dann reihte sich ein revolutionäres Lied ans andere, wir wollten doch nicht allein sein, wir gehörten doch zu jenen, die jetzt frei sangen, in der Freiheit, wenngleich ebenso im Kampf wie wir...

Genossen in Kerkern,
in kalten Verliesen,
ihr seid mit uns,
wenn auch nicht in den Kolonnen...

(...)

Zehnmal, zwanzigmal hast du die Truppen der Revolution bei den Maifeiern marschieren gesehen, und es ist feierlich gewesen. Aber erst im Kampf lernst du die wahre Kraft dieser Armee schätzen, ihre Unbesiegbarkeit. Der Tod ist einfacher, als du gedacht hast, und das Heldentum hat ein Gesicht ohne Heiligenschein. Aber der Kampf ist grausamer noch, als du angenommen hattest, und ihn durchzustehen und bis zum Sieg zu führen, erfordert unermeßliche Kraft. Täglich siehst du sie in Bewegung, aber nicht immer bist du dir ihrer voll bewußt. Denn alles scheint überaus selbstverständlich.

Heute bist du dir ihrer bewußt geworden.

Beim Maiaufmarsch 1943.

Erich Weinert

Zum Ersten Mai

Ihr mögt die Grenzen mit Völkerhaß
nach allen Seiten vermauern,
Ihr mögt mit feindlichem Stahl und Gas
Auf den Tag der Vergeltung lauern -
Ihr haltet der Menschheit Siegeslauf,
Ihr haltet die Weltgeschichte nicht auf!
Wir stehn bereit!
Es kommt die Zeit,
Da treten wir über die Grenzen,
Doch nicht mit Gas und Maschinengewehr,
Wir kommen mit offenen Händen daher,
Den Völkerfrühling zu kränzen.

Blast eure tückische Friedensschalmei
Auf all euren Konferenzen!
Wir glauben nicht eurem Friedensgeschrei,
Wir wachen an allen Grenzen.
Euer heimliches Heer
Steht unter Gewehr,
Eure Richter und Generale,
Die machen das Recht und dienen dem Thron,
Eure Pfaffen segnen die Reaktion.
Wir kennen eure Signale.

Die Fahnen heraus in der ganzen Welt!
Uns bindet ein mächtiger Treueid.
Es zieht ein unendliches Heer ins Feld
Mit der roten Standarte der Freiheit.
Fahrt eure ganzen Kanonen auf!
Auch wir stehn da mit geladenem Lauf.
Wenn sie niedersaust,
Die geballte Faust,
Gehn eure Kanonen in Stücke.
Proletarier reichen sich Hand um Hand,
Eine Kette, die alle Welt umspannt.
Nicht eine Lücke!
Bald kommt die Zeit!
Wir sind bereit!
Die Welt wird frei!
Dann marschieren wir in den Ersten Mai!

